

# Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 4/5/6

April—Juni 1956

1 Schilling

## Der 13. Mai

Die Sozialistische Partei Österreichs hat durch ihre feste und entschlossene Haltung die ÖVP gezwungen, sich schon am 13. Mai 1956 der Wahlentscheidung des österreichischen Volkes zu fügen. Die Wähler unseres Landes werden diesmal zwischen zwei Möglichkeiten zu wählen haben:

**Entweder** das Eigentum des österreichischen Volkes — nach zehn Jahren harten Kampfes erkaufte mit 150 Millionen Dollar und 10 Millionen Tonnen Erdöl — soll eine der Grundlagen für die Wohlfahrt des Landes und seiner arbeitenden Menschen werden.

**Die Sozialisten sind die Garanten eines solchen Weges.**

**Oder** das teuer erkaufte Eigentum des österreichischen Volkes wird den unkontrollierbaren Manipulationen österreichischer Unternehmer und des ausländischen Kapitals ausgeliefert.

**Die Befürworterin eines solchen Weges ist die Österreichische Volkspartei.**

Unsere Partei erhielt bei den letzten Nationalratswahlen im Februar 1953 die meisten Stimmen — um 37.000 mehr als die ÖVP. Durch eine Fügung der Wahlgeometrie wurde dieser Erfolg nicht wirksam, da die Mandate der ÖVP in Westösterreich mit weniger Stimmen erworben wurden als jene der SPÖ in Wien und in den stärker industrialisierten Bundesländern.

Wir treten diesen Wahlkampf unter den günstigsten Voraussetzungen an; Recht und Gesetz stehen auf unserer Seite. Es kommt nun darauf an, mit einem kräftigen Ruck unser Mehr an Stimmen auch in einem Mehr an Mandaten auszudrücken.

Wir wenden uns an euch, Genossen, diesen entscheidenden Kampf um das Vertrauen der österreichischen Wähler mit allen Kräften zu unterstützen. Die sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus werden in diesen Zeiten des Wahlkampfes, in den Wochen der noch verstärkten und gesteigerten Aktivität alles tun, um im Rahmen der so hart errungenen Demokratie, der so teuer erkauften Freiheit unseres Landes um jede Stimme zu ringen. Wo immer wir unwissende, wankelmütige oder uninteressierte Mitbürger antreffen, werden wir sie mit der Gerechtigkeit unseres Kampfes vertraut machen. Wo immer wir unsere Gegner treffen, werden wir ihnen mit der Überzeugungskraft unserer wohl begründeten Argumente zu begegnen wissen.

Darüber hinaus ist der Partei jede Mitarbeit willkommen; je größer und fester der Kreis der Helfer und Mitarbeiter ist, um so erfolgreicher wird die Wahlarbeit geleistet werden können. Wir tragen — liebe Genossin und lieber Genosse — in den kommenden Wahlen mit die Verantwortung für die glückliche Zukunft unseres Volkes und den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg Österreichs. Unsere Parole sei:

**Gegen jede Diktatur! — Für Fortschritt, Freiheit und Recht!**

# Wir haben uns durchgesetzt

Es geht uns nicht mehr schlecht. Wir müssen nicht mehr hungern, wir leben nicht mehr in Angst vor Totschlag, Verschleppung oder Vergewaltigung. Die Städte sind aufgebaut, die Dörfer rein und sauber, die Felder wohl gepflegt. Tausend und aber tausend Maschinen singen ihr stolzes Lied von der Arbeit. Wir kaufen uns Kleider, wir gehen ins Kino, ins Theater. Wir denken daran, uns einen Roller, gar mancher von uns sogar ein Auto anzuschaffen. Wir machen Urlaubsreisen, erleben die Heimat und fremde Länder. Wir freuen uns über unsere Kinder, dürfen sie ohne Angst in die Welt setzen. Unsere Jugend lernt und tausende Berufe stehen ihr nach Wahl offen.

Neue Schulen, Elektrizität, Radio, Fernsehen, moderne Küchenmaschinen, das alles ist nicht mehr Illusion. Wir leben in einem Land mit Zukunft. In einem selbständigen, kräftigen Österreich.

Und doch: uns ist dies alles nicht in den Schoß gefallen, nein, nichts wurde uns geschenkt. Blut und Tränen, Schweiß und Opfer hat es gekostet, unser Land wiederauferstehen zu lassen. Es war kein Wunder; wir waren es, die diese Leistungen unter unvorstellbaren Schwierigkeiten vollbracht haben. Zehn Jahre sind eine kurze Zeit, wenn sie vergangen sind. Sehr lang aber, wenn man sie erlebt.

## Ein furchtbares Chaos

Wohnungen und Häuser, Kirchen und Schulen in Schutt und Asche, Straßen von Bomben zerwühlt, Licht-, Gas- und Wasserleitungen zerstört, Felder verbrannt, Familien zerrissen, die Straßen voll von Flüchtlingen: das war das Erbe, das wir 1945 antraten. Gesprengte Brücken, zerbombte und demontierte Fabriken, ausgeräumte Spitäler, verbrannte Bahnhöfe, keine Verbindung von Stadt zu Stadt — ein Trümmerfeld war Österreich.

Hunger, das heißt Verzweiflung, Plünderung, Verbrechen, Seuchen. Massenhaft starben Kinder und Greise. Mit 800 Kalorien begann unsere Ernährung, 20 Deka Brot im Tag! Was bedeutet uns heute das Wort „Lebensmittelaufruf“? Damals war es Evangelium, und wie jubelte die ums Radio versammelte Familie, wenn es endlich einmal um fünf Deka mehr Schmalz gab! Erinnern Sie sich noch an die UNRRA? Wie bangten wir Anfang 1946, ob sie kommen werde oder nicht! Wir verfolgten das Schiff, das aus den Vereinigten Staaten mit Lebensmitteln nach Triest fuhr, ob es rechtzeitig eintreffen werde. Nur eines blühte: der Schleichhandel. Das Hundert-, ja Zweihundertfache verlangten die Schieber für Mehl, Schmalz und Zucker.

Langsam wurde es besser. Von 1948 bis 1950 wurde die Lebensmittelbewirtschaftung aufgehoben. Die Schaufenster der Lebensmittelgeschäfte, jahrelang gähnend leer oder mit Attrappen ausgestattet, füllten sich mit allen nur denkbaren Leckerbissen, appetitlich, ein-

ladend, heute eine Freude, sie zu sehen! Erst 1950 erreichte die Landwirtschaft die Höhe der Friedensproduktion. Heute erzeugt die Landwirtschaft, um 245 Prozent besser mit Maschinen, Traktoren und Motoren ausgestattet, um durchschnittlich 20 Prozent mehr als in der Vorkriegszeit.

## Die Kalorien

fehlten nicht nur den Menschen, sondern auch der Wirtschaft. Wir hatten keine Kohle, keine elektrische Energie. Haben Sie in Ihrem Keller noch den winzigen Sparherd stehen, auf dem wir damals unser Essen kochen mußten, kaum zwei Kubikdezimeter groß? Mit kleinsten Kohlen- oder Holzstückchen heizbar? Wie jubelten wir, als wir täglich eine Stunde Gas geliefert bekamen! Und dann die Sparzeiten mit dem elektrischen Strom! Die Strafmaßnahmen für „Stromsünder“!

Wochenlang mußten unsere Betriebe im Winter entweder stillgelegt werden oder kürzer arbeiten, weil keine Energie da war. Ob groß oder klein, wir alle verfolgten mit gespanntem Interesse das Eintreffen der Kohlenzüge und die Maßnahmen zum Aufbau unserer Wasserkraftwerke.

An wie vieles damals zu denken war! Und welchen Erpressungen wir ausgesetzt waren! Man vergißt das nur zu schnell, zum Beispiel auch, daß die Polen für die gleiche Kohle von uns um 25 Prozent höhere Preise als von den Schweden verlangten.

Und wie ein Posaunenstoß lag damals das Wort „Kaprun“ über Österreich. Tausend Meter hoch, in den zackigen Felsen der Tauern entstand ein geniales Meisterwerk der Technik und Tüchtigkeit. Die Welt horchte auf. Das vermag ein so zerschlagenes, zerstörtes Land? Dazu hat Österreich den Mut? Mitten in der Zeit des Mangels an Geld, Rohstoffen und Lebensmitteln wuchs die Staumauer der Limbergssperre. Das erste Werk, wobei Österreich im Arbeitsvorgang die Produktivität der Vorkriegszeit überstieg. Die Kraftwerke wuchsen auch in Kärnten, Tirol und Oberösterreich, und bereits im Winter 1949 hatten wir von allen Staaten Europas die beste Energieversorgung.

Die verstaatlichten Kohlenbergwerke taten auch ihr Bestes. Ihre Förderung ist jetzt um 171 Prozent höher als in der Ersten Republik. Die Erzeugung der elektrischen Energie, des Heinzelmännchens des modernen Menschen, hat sich verdreifacht. Dieser Ausbau kommt uns allen zugute. Der Strompreis ist der niedrigste in Österreich, die anderen Preise sind sechs- bis achtmal teurer geworden als im Jahre 1937, der Strompreis hingegen hat sich nur verdoppelt. Und darüber hinaus wächst Österreich zu dem Kernstück der mitteleuropäischen Energieversorgung heran.

Rund 150.000 zerstörte Wohnungen in Österreich, kein Geld, keine Baustoffe, keine Arbeitskräfte — das war der Anfang.

## Unsterbliche Opfer

Das war auch so ein Gespenst, das uns jahrelang quälte: der Mangel an Rohstoffen aller Art, Holz, Eisen, Kohle, kurz überall: Der Engpaß!

1945 rollten viele Lastzüge mit unseren Maschinen nach dem Osten. Da wurden von Besatzungsmächten Industrieanlagen demonstrierend und oft die allerletzten Rohstofflager als Kriegsbeute beschlagnahmt. Da standen die Arbeiter mit blassen, verhärmtten Gesichtern vor ihren Werkstätten und sahen zu, wie die Maschinen verladen wurden. Wovon sollen wir morgen leben? war die Frage, die viele von uns immer wieder stellten.

Wie schwer das alles war! 1946 erreichten wir kaum 15 Prozent unserer industriellen und gewerblichen Produktion. Vielfach zu Fuß zogen die Männer und Frauen zu ihren zertrümmerten Fabriken, begannen den Schutt aufzuräumen und die Produktion in Gang zu setzen. Damals fragte niemand: Wem wird es einst gehören? Man begann einfach, weil man beginnen mußte. Disziplin, eine Eigenschaft, die man Österreichern früher kaum zutraute, sie wurde unsere Richtschnur.

Verantwortungsvoll entwarfen die Politiker die wirtschaftlichen Aufbaupläne. Die Gewerkschaften hielten den sozialen Frieden aufrecht. Extreme Anschläge und Kombinationen wurden mit eiserner Energie abgewehrt, den Saboteuren und Kollaborateuren ihr Handwerk gelegt. Mit Verachtung versuchten wir die Hyänen und Aasgeier, die Schmarotzer und Marodeure in Schach zu halten.

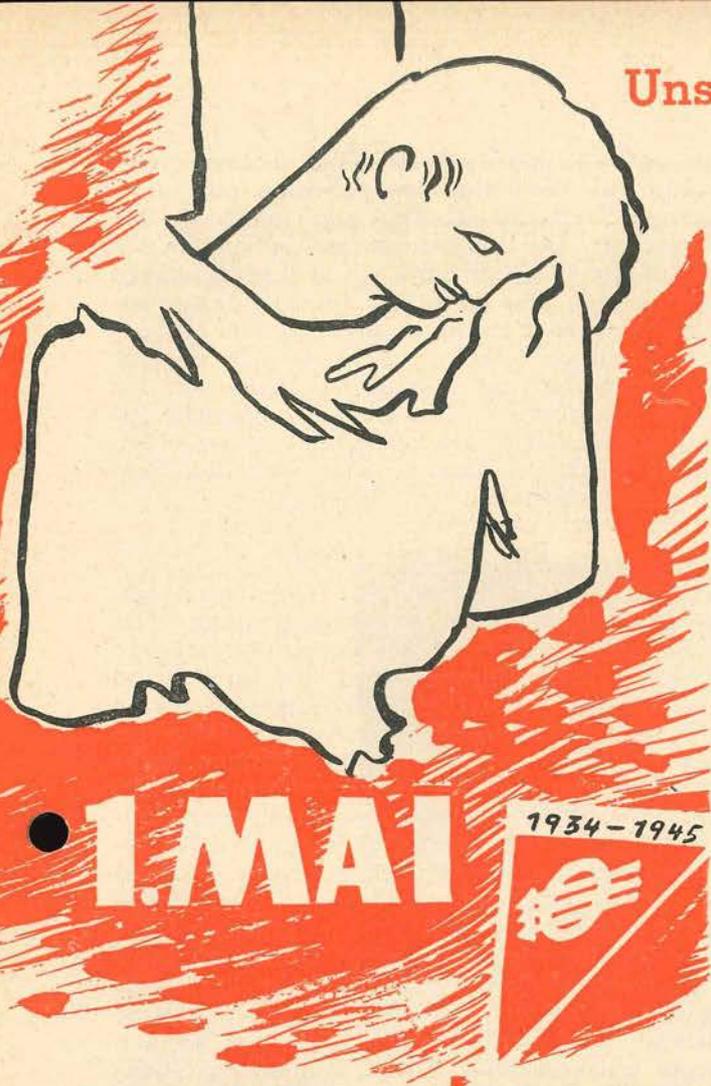
Hunderte von Millionen Schilling mußten wir Jahr für Jahr zum Unterhalt der fremden Soldaten bezahlen. Soldaten, die uns das Leben sauer machten, die unser Land in Zonen zerschnitten, denen wir so oft hilflos ausgeliefert waren. Große Teile der österreichischen Wirtschaft waren aus dem Volkskörper herausgeschnitten, waren „exterritorial“ — auch ein so schönes Wort aus diesen dunklen Tagen — und arbeiteten für ein fremdes Reich. Das österreichische Erdöl, die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft und 300 andere wertvolle Unternehmungen lieferten ihre Erträge nach Moskau und zahlten keine Steuern. Viele Milliarden Schilling gingen uns so verloren.

### Neun Stunden fuhren wir

in ungeheizten, rumpelnden Zügen von Wien nach Graz. Heute fahren wir in viereinviertel Stunden elektrisch von Wien nach Salzburg, sauber, bequem; schmucke Bahnhöfe vom Wiener Westbahnhof bis Bregenz!

Wie mit der Eisenbahn ging es mit der gesamten Wirtschaft rasant vorwärts. Der Ertrag der Volkswirtschaft wuchs jährlich um 9 bis 10 Prozent, eine Wachstumsrate, wie sie keine der freien Welt aufzuweisen hat. In den Vereinigten Staaten betrug sie 4,4, in Großbritannien 2,4 und in der Schweiz 2,7 Prozent.

Weil wir uns bemühten, uns selbst zu helfen, erhielten wir Hilfe. 1948 begann die großartigste Hilfe zu fließen, die je die Welt sah, der Marshall-Plan; bis 1953 erhielten



Schüttelten wir nicht alle ungläubig den Kopf, als der damalige Stadtrat für das Wohnungs- und Bauwesen, Anton Weber, erklärte, es würden fünfzehn Jahre vergehen, bis die letzte Bombenruine aus Österreich verschwinden werde?

Am 16. Juni 1948 beschloß der Nationalrat das Wohnhauswiederaufbaugesetz. 4,7 Milliarden Schilling hat der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds bisher ausgegeben. Rund 46.000 Wohnungen wurden wiederaufgebaut und 50.000 durch Großreparaturen gesichert. Auch der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds nahm im Jahre 1948 seine Tätigkeit wieder auf. Mit seiner Hilfe wurden von gemeinnützigen Genossenschaften seither 34.340 neue Wohnungen errichtet. Seine Darlehen betragen rund 1,3 Milliarden Schilling. Aus der Marshall-Plan-Hilfe wurden mit 200 Millionen Schilling ungefähr 5400 Wohnungen, vor allem für die Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Bergbau, geschaffen. Nach dem Verzicht der Russen auf die Besatzungskosten wird ein Teil dieser Aufwendungen für einen Wohnbauförderungsfonds eingesetzt. Das Wohnungseigentumsgesetz vom Jahre 1948 ermöglicht jedem, eine Wohnung im Eigentum zu erwerben. Die meisten neugebauten Wohnungen besitzen auch ein Badezimmer. Ein neuer Baustil schafft gesunde, moderne Volkswohnungen.

Aber da waren noch andere Schwierigkeiten: Engpaß!



# Programm

für das Treffen der Widerstandskämpfer  
in Wien  
vom 28. April bis 2. Mai

Der Parteivorstand und der Wiener Vorstand haben zu der Einladung die vom Bund sozialistischer Freiheitskämpfer an die der Internationale angeschlossenen Widerstandskämpfer ergangen ist, ihre Zustimmung gegeben. Es werden ungefähr 600 Genossinnen und Genossen den Fackelzug der Sozialistischen Jugend und den 1. Mai mit uns gemeinsam begehen.

## Samstag, 28. April 1956:

11.45 Uhr Ankunft am Westbahnhof. Die Gäste werden in die Quartiere eingewiesen. Am Abend geselliges Beisammensein der Freiheitskämpfer in den Bezirken.

## Sonntag, 29. April 1956:

Die Gäste werden mit Autobussen aus den Bezirken abgeholt. Rundfahrt durch Wien, Kranzniederlegung beim Mahnmal, eventuell Teilnahme bei Eröffnung eines Wohnhauses der Gemeinde Wien. Abschluß auf dem Kahlenberg.

## Montag, 30. April 1956:

Vormittag frei für Besorgungen, Besichtigungen und Besuchen bei verschiedenen Organisationen. Am Nachmittag gemeinsamer Theaterbesuch. Am Abend Teilnahme am Fackelzug der Sozialistischen Jugend. Die Gäste gehen an der Spitze des Fackelzuges.

## Dienstag, 1. Mai 1956:

Die Widerstandskämpfer werden mit Autobussen zum Rathaus gebracht, wo sie dem Maiaufmarsch der Wiener Sozialisten beiwohnen. Die Genossen aus dem Auslande werden nachmittags im Stadion die große Maifeier miterleben.

## Mittwoch, 2. Mai 1956:

8.55 Uhr Abfahrt vom Franz-Josefs-Bahnhof nach Mauthausen.  
16 Uhr Gedenkfeier und Kranzniederlegung im ehemaligen KZ-Mauthausen.  
Abfahrt nach Deutschland um 18.30 Uhr.

wir 962 Millionen Dollar. Wir haben dieses Pfand gut verwaltet. Wir veraußen nur einen kleinen Teil und steckten das meiste in die Wirtschaft. Die Investitionsrate betrug in den Jahren vor 1937 nur 6 bis 7, in den vergangenen zehn Jahren aber 15 bis 20 Prozent des volkswirtschaftlichen Ertrages. Mehr als 100 Milliarden Schilling flossen so dem Ausbau unserer Volkswirtschaft zu, hievon 48 Milliarden für Maschinen und 52 Milliarden für bauliche Investitionen. Wir sparten eben heute, um morgen besser leben zu können. Das war der Sinn unseres wirtschaftlichen Planens.

## Und wie nie zuvor

erlebt Österreich heute eine Hochkonjunktur, eine Stabilität, eine Vollbeschäftigung. Das Land produziert mehr als doppelt soviel wie vor dem Krieg. Unsere Waren sind im Ausland gesucht. Die verstaatlichten Schlüsselindustrien stehen im Mittelpunkt dieser Aufbauleistungen. Wir erzeugen um eine Million Tonnen mehr Roheisen, um eine Million Tonnen mehr Rohstahl als 1937. Wir haben die Vorkriegsproduktion von Lastkraftwagen, Traktoren und Motorrädern, um nur etwas herauszugreifen, um das Doppelte, Dreifache, oft um das Siebenfache übertroffen. Unser Außenhandel hat eine Höhe erreicht, die wir früher nicht einmal zu träumen wagten. Der Fremdenverkehr hat einen stolzen Aufschwung genommen, unsere schöne Heimat wird zur Erholungsstätte der kleinen Leute Europas. Die VÖEST, die Linzer Stickstoffwerke, das Aluminiumwerk Ranshofen, die Elin in Weiz sind neben den alten Werken wie Donawitz und Kapfenberg auf dem Weltmarkt zum Begriff geworden.

## Wir sparten

außerdem noch genügend Geld, um die Wiener Oper, das Burgtheater, die Schulen und die Museen wiederaufzubauen. Da klangen überall im Musikland Österreich die Orchester auf, da jubelte die Musik über dem schwer arbeitenden Land. Aber heute weiß die Welt: wir können nicht nur Walzer tanzen, wir wissen auch zu arbeiten!

## Vergessen wir nicht,

es hätte auch anders sein können — so wie in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Rumänien! Wenn wir nicht Ruhe und Disziplin gehalten hätten, nicht zielbewußt vorwärtstrebten, wäre es heute schlecht um Österreich bestellt. Entscheidend war, daß wir alle die Zähne zusammenbissen und unbeirrt zugriffen.

Man feiert Helden, die Taten im Krieg vollbracht haben; das Heldenlied vom Wiederaufbau, den Arbeiter, Angestellte, Bauern und Gewerbetreibende, das ganze Volk von Österreich vollbracht haben, klingt schöner und edler, als alle anderen.

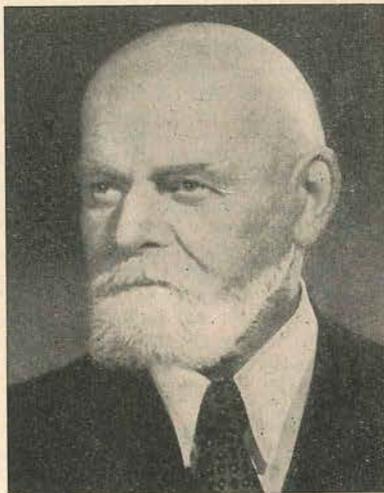
**Wir alle wußten: es ging um unser Leben, es ging um unser zukünftiges Dasein.**

**Wir gewannen beides!**

# Mit uns zieht die neue Zeit

Mit dem Abschluß des Staatsvertrages hat eine neue Epoche begonnen. Fester denn je steht unsere Heimat da. Der Golgathaweg Österreichs scheint zu Ende zu sein. Die Neutralität, zu der sich Österreich bekennt und welche die Weltmächte garantieren, sichert uns nach bestem menschlichem Ermessen eine friedliche Zukunft. Wir können hoffen, uns wie die Schweiz und Schweden aus den Auseinandersetzungen der Weltmächte herauszuhalten.

Wir haben eine festgefügte Volkswirtschaft, wie wir sie noch nie besessen haben. Die Produktion hat sich gegenüber der besten Zeit in der Ersten Republik verdoppelt. Wir haben um ein Drittel Menschen mehr



*Dr. h. c. Körner, der als Bürgermeister von April 1945 an den Wiederaufbau Wiens leitete, am 27. Mai 1951 zum Bundespräsidenten gewählt wurde und am 8. Juni 1955 den Staatsvertrag für Österreich unterfertigte*

in Industrie und Gewerbe beschäftigt.

Die Wirtschaft wächst von Jahr zu Jahr und liefert ein höheres Volkseinkommen. Unsere Jugend hat daher eine Zukunft. Ein ganzes Bündel von

sozialen Einrichtungen schützt die Familie und behütet die Kinder. Das neue Österreich ist nicht nur ein friedlicher, lebenskräftiger, sondern auch ein vorbildlich sozialer Staat.

An ein Leben in Ruhe sind wir alle noch nicht gewöhnt. Unser Unglück begann ja bereits vor fünf Jahrzehnten. Drei Generationen sind von einer Katastrophe in die andere gestürzt. In ihrem Leben gab es nur sehr wenige ruhige Jahre, die meiste Zeit war erfüllt von Umbruch, Unrast und Unsicherheit. In diesem Prozeß ging es von Stufe zu Stufe abwärts. Zuerst zerbrach die Monarchie, weil sie die modernen Lebensfragen nicht lösen konnte. Dann wurden wir ein lebensunfähiger Kleinstaat, der bereits 1924 durch einen Völkerbundkommissär unter internationale Kontrolle gestellt worden war. 1933/34 verloren wir unsere Souveränität, indem Österreich ein Satellitenstaat des Italiens Mussolini wurde. 1938 ging unser Staat unter. Wir wurden eine Provinz des Dritten Reiches und in die europäische Tragödie des zweiten Weltkrieges hineingerissen. Dann kam der Tiefpunkt, die zehnjährige Be-

setzung, aus der sich Österreich erneut stolz erhob wie der Vogel Phönix aus der Asche. Wir können nun mit Recht annehmen, daß vor uns endlich eine ruhige, friedliche Periode liegt, in der das Leben auch für jede einzelne Familie materiell und geistig schöner und reicher werden wird.

Man kann aber nicht ernten, ohne zu säen. Aus nichts wird nichts. In den letzten zehn Jahren war die Sozialistische Partei Österreichs die vorwärtstreibende politische Kraft in unserem Land, auf allen Gebieten, im Kampf gegen das Unrecht der Besetzung, im Kampf um den Aufbau einer neuen Volkswirtschaft, im Ringen um soziale Gerechtigkeit. Ihr Wirken um die Neugestaltung unseres Landes ist in goldenen Lettern im Buche der Geschichte verzeichnet.

Wer ist die Sozialistische Partei Österreichs? Ihr gehören heute 683.300 Frauen und Männer, die geistige Elite aller Altersgruppen, an. 106.203 stehen im Alter von 20 bis 30 Jahren, 159.437 im Alter von 40 bis 50 Jahren. Ende 1946 zählte die SPÖ 357.818 Mitglieder. Der Mitgliederstand hat sich seither beinahe verdoppelt. Die SPÖ ist aber auch die Partei der kleinen Leute aus allen Berufsschichten. Nach der beruflichen Zugehörigkeit sind von den Parteimitgliedern 39,7 Prozent Arbeiter, 17,25 Prozent Hausfrauen, 13,55 Prozent öffentlich Bedienstete, 11,44 Prozent Pensionisten und Rentner, 8,79 Prozent Privatangestellte und 7,65 Prozent Selbständige im Handel, Gewerbe, in der Landwirtschaft und in freien Berufen. Die Organisationen der SPÖ verteilen sich gleichmäßig über das ganze Land. Es gibt in Österreich 4025 Gemeinden. In 2403 bestehen Lokalorganisationen, in 469 Stützpunkte. Dorf und Stadt vereinigen sich in der Partei. Immer mehr Frauen und Männer geben der SPÖ ihre Stimmen. Von 1945 auf 1949, von 1949 auf 1953 haben wir um je 190.000 Stimmen zugenommen.

Großes ist noch zu tun. Wir müssen die letzten Wunden schließen, die Krieg und Besatzung geschlagen haben. Es gilt zum Beispiel noch die Frage der Besatzungsgeschädigten zu lösen, und es gilt die von den Russen übernommenen Vermögenswerte in die österreichische Wirtschaft so einzugliedern, daß sie uns den höchsten Nutzen bringen. Unser Lebensstandard ist im Verhältnis zu jenem der freien Völker des Westens noch viel zu gering. Wir können reicher als die Schweiz werden, wenn wir in Ruhe und Frieden unsere Aufbauarbeit planvoll und energisch fortsetzen. Es sind uns bloß die Chancen für eine schönere und reichere Zukunft gegeben. Ob wir sie richtig ausnützen, hängt ausschließlich von uns selbst ab.

So wie in den vergangenen zehn Jahren wird auch in Zukunft die SPÖ der getreue Ekkehard Österreichs sein.

## Freiheit, Friede, Sozialismus!

# Es war ein langer Weg...

Es war ein langer Weg, bis der Nationalrat am 7. Juni 1955 den Staatsvertrag als Regierungsvorlage Nr. 517 verhandeln konnte. Neun Jahre vergingen mit vielen Kreuzstationen und enttäuschten Hoffnungen. Gar oft zerrissen die Gesprächsfäden, und es war schwer, sie wieder zu knüpfen. Alle Weltereignisse, vom Ausbruch des Kalten Krieges über den Sieg der Kommunisten in China, den Krieg in Korea bis zum Tode Stalins, fanden in den Verhandlungen ihren Niederschlag.

256 Sitzungen waren erforderlich, bis es so weit war. Die Verhandlungen wurden auf verschiedenen „Ebenen“ geführt. Es gab die Konferenzen der Außenminister, der stellvertretenden Außenminister, der Sonderbeauftragten, die Botschafterkonferenz und außerdem noch eine Wiener Sonderkommission. So schob man wie im Wiener Scheiberlspiel den Ball von einem zum andern, hin und her und her und hin, bis endlich nach neun Jahren der siebringende Treffer fiel.

## Die Zeit verrinnt...

Zuerst wurde der Staatsvertrag im Sommer 1946 auf der Pariser Friedenskonferenz kurz besprochen, wo die Friedensverträge für Italien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien abgeschlossen wurden. Dann gab es folgendes Ballspiel:

Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London vom 16. Jänner bis 25. Februar 1947;

Außenministerkonferenz in Moskau vom 10. März bis 4. April 1947;

Wiener Sonderkommission vom 12. Mai bis 11. Oktober 1947;

Außenministerkonferenz in London vom 25. November bis 17. Dezember 1947;

Konferenz der Sonderbeauftragten in London vom 20. Februar bis 6. Mai 1948 und vom 9. Februar bis 10. Mai 1949;

Außenministerkonferenz in Paris vom 23. Mai bis 19. Juni 1949;

Konferenz der Sonderbeauftragten in London vom 1. Juli bis 1. September 1949; in New York vom 22. September bis 22. November 1949; in London vom 9. bis 24. Jänner 1950; dann ferner in London am 15. Februar, 1. März, 26. April, 4., 22. und 26. Mai, 10. Juli, 7. September und am 15. Dezember 1950;

Konferenz der stellvertretenden Außenminister in Paris vom 5. März bis 22. April 1951; dann kam eine Periode, in der bloß „diplomatische Noten“ ausgetauscht wurden;

Konferenz der Sonderbeauftragten in London vom 6. bis 9. Februar 1953; ihr schloß sich wieder eine Notenperiode an;

Außenministerkonferenz in Berlin vom 25. Jänner bis 18. Februar 1954;

Moskauer Konferenz vom 12. bis 15. April 1955;

Botschafterkonferenz in Wien vom 2. bis 12. Mai 1955.

## Das ewige „Njet“

Nach der Meinung der österreichischen Kommunisten sind wir Österreich an der Verschleppung des Staatsvertrages schuld. In den Verhandlungen wurde aber das russische „Njet“ wie folgt begründet:

Auf der Pariser Friedenskonferenz 1946 sagte Molotow zu dem britischen Außenminister Bevin, „er habe die österreichische Frage noch nicht studiert und sei daher nicht in der Lage, den österreichischen Staatsvertrag zu verhandeln“.

1947 waren die jugoslawischen Gebietsforderungen und das von den Russen in Österreich beschlagnahmte „Deutsche Eigentum“ die Ursache des „Nein“. Jedoch schon im November 1947 gab Molotow zu verstehen, daß die österreichische mit der deutschen Frage gekoppelt werden müsse.

Im November 1949 warfen die Russen die Frage der „Erbenschulden“ — der Clou aller Njets — auf, nämlich die Festsetzung jener Entschädigung, die Österreich für die Lebensmittellieferungen 1945 zu bezahlen habe. Das österreichische Angebot auf Regelung dieser Frage liegt bis heute unbeantwortet in der Schreibtischlade eines „Sektionschefs“ in Moskau.

Im April 1950 erhob der sowjetische Delegierte Zarubin den Vorwurf, daß Österreich gegen die Entmilitarisierung verstoße und die Entnazifizierung nicht durchführe. Im Mai 1950 war es die Frage Triest — ein Streit zwischen Italien und Jugoslawien —, die den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages verhinderte. Die Triester Frage und auch die Entmilitarisierungs- und Entnazifizierungsgespenster geisterten bis in das Jahr 1953 herum.

## Ausreden, nichts als Ausreden

Alles waren Ausreden. Zurückschauend können wir sagen: Bei einer Entspannung der weltpolitischen Lage gingen die Verhandlungen vorwärts. Bei einer Verschärfung gerieten sie ins Stocken. Hier der Beweis:

Im Herbst 1949 schien der Abschluß nahe. Der Sieg der Kommunisten in China gab der russischen Politik einen neuen Auftrieb. Mangels eines anderen Grundes fand man in der Erbsenfrage eine Möglichkeit, den Staatsvertrag zu verschleppen. In den Phasen des Koreakrieges versandeten die Verhandlungen überhaupt. Mit der Eingliederung Westdeutschlands in das westliche Verteidigungssystem kehrten sich die militärischen Interessen ins Gegenteil. Österreich als Aufmarschgebiet wurde für die Rote Armee uninteressant, die Verbindungslinie des Nord- mit dem Südflügel der NATO-Armee über Tirol und den Brenner für die Westmächte hingegen sehr wertvoll. Jetzt wußten die Russen, für sie sei es besser, das Land militärisch zu räumen, wenn sie auf diesem Wege auch die Amerikaner aus Österreich hinausbrächten.

## Das Weiße aus den Augen...

Wissen Sie, wie der erste Staatsvertragsentwurf ausgesehen hat? Man nahm sich den Friedensvertrag mit Ungarn zum Vorbild. Obwohl man uns einen Staatsvertrag versprochen hatte, war der erste Entwurf der härteste aller Friedensverträge, die seit 1946 abgeschlossen worden waren. Wohlgemerkt: Ungarn, Italien und Rumänien, welche als Staaten am Krieg gegen die Alliierten teilgenommen hatten, wurden besser behandelt als Österreich, das 1938 als Staat untergegangen war und den wiederzuerrichten die Alliierten in der Moskauer Deklaration am 31. Oktober 1943 versprochen hatten! Bundespräsident Dr. Renner sagte 1946 über den Friedensvertrag von Saint-Germain 1919: „Österreich ist von Feinden umgeben, die das Weiße aus seinen Augen nehmen wollen.“ Sein Wort gilt noch mehr für das, was man uns nach 1945 zumutete!

## Wie sah der Staatsvertrag 1947 aus?

### Gebietsforderungen

Die Tschechoslowakei begehrte die Abtrennung eines Gebietsstreifens am rechten Donauufer bei Preßburg.

Der jugoslawische Delegierte Vilfan forderte von Kärnten ein Gebiet von 2740 qkm mit 190.000 Einwohnern. Klagenfurt und der größere Teil von Villach sollten jugoslawisch werden.

### Geldforderungen

Die Jugoslawen forderten einen Ersatz der erlittenen Kriegsschäden, die sie am 22. Jänner 1947 mit 480 Mill. Dollar bezifferten, in Moskau auf 150 Mill. Dollar reduzierten.

Griechenland verlangte das wiederaufgefundene Gold der Oesterreichischen Nationalbank. Außerdem sollte Österreich verpflichtet werden, durch 15 Jahre ein Drittel seines Jahresverbrauches an Tabak in Griechenland zu kaufen.

Der polnische Delegierte Wierzlowski begehrte die Vergütung des nach Österreich verschleppten polnischen Eigentums, die Repatriierung aller Polen auf Kosten Österreichs und die Zahlung einer Entschädigung für die polnischen Zwangsarbeiter.

Gusew, der Vertreter Rußlands, wollte am 24. März 1947 Österreich für das alliierte Besatzungsgeld, das hier ausgegeben war, bis zu einem Betrage von 90 Millionen Dollar haftbar machen.

Die westlichen Delegierten verlangten die Bezahlung von Kompensationen, das heißt die volle Entschädigung für das durch Kriegshandlungen zerstörte Eigentum aller Bürger von Staaten, die Mitglieder der Vereinten Nationen sind. Diese Forderung hätte gleichfalls 150 Millionen Dollar gekostet.

#### Politische Forderungen

Der tschechische Delegierte Usicky forderte am 28. Jänner 1947 die Errichtung einer internationalen Kontrollkommission zur Verhinderung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Anschlusses an Deutschland und zur Überwachung der Remilitarisierung und Entnazifizierung. Die Tschechen sollten Mitglieder dieser Kommission sein!

Die Amerikaner begehren auf der Londoner Konferenz 1947 den sofortigen Abtransport von 300.000 verschleppten Personen (Sudeten- und Volksdeutschen) von Österreich nach Deutschland.

Auf der Berliner Konferenz 1954 schlug Molotow vor, den Abzug der Besatzungstruppen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland aufzuschieben!

#### Wirtschaftliche Forderungen

Die Russen verlangten im Sinne des Potsdamer Übereinkommens die Überantwortung alles jenen Eigentums in der Ostzone, das sie als „Deutsches Eigentum“ beschlagnahmt hatten. Dasselbe wollten auch die Alliierten in ihren Zonen. Der Unterschied lag nur in dem Begriff, was unter „Deutschem Eigentum“ zu verstehen sei.

Am 13. September 1947 forderte der russische Delegierte Nowikow eine Sonderstellung für das von den Russen beschlagnahmte „Deutsche Eigentum“. Österreich dürfe über die Gewinne, die produzierten Waren und die Auslandsdevisen nicht verfügen und dieses Eigentum weder konfiszieren noch verstaatlichen. Ins gewöhnliche Deutsch übersetzt, hätte dies die Verewigung der „exterritorialen Russenwirtschaft“ in Österreich bedeutet!

#### Unser Widerstand

Wer kann uns helfen? Wo finden wir in der Welt Freunde? Das waren die Fragen, die sich Dr. Renner und Dr. Schärff 1945 und 1946 wiederholt stellten. Österreich hatte ja 1934 seine Freunde in der Welt verloren. Es gab ja überhaupt keine Beziehungen zum Ausland. Die Reise Dr. Schärffs nach London im April 1946 brachte die Antwort. Sie war die erste politische Auslandsreise eines österreichischen Politikers seit 1945!

Der Führer der britischen Labour Party, der Außenminister Ernest Bevin, wurde der treueste Freund in Österreichs schwerster Zeit. Er sorgte dafür, daß die Alliierten sich nicht auf einen Friedens-, sondern einen Staatsvertrag festlegten. Darin liegt ein großer Unterschied. Staatsvertrag — das bedeutet: keine Reparationen, keine Gebietsabtrennungen, keine ausländischen Kontrollrechte! Bevin veranlaßte auch am 26. März 1947 einen Beschluß des britischen Unterhauses, von der Forderung nach Kompensationen Abstand zu nehmen. „Sie würden Österreichs Wirtschaft ruinieren“, heißt es in diesem Beschluß.

In großen Versammlungskampagnen lehnten wir österreichischen Sozialisten die Gebietsforderungen, die Beschlagnahme österreichischer Unternehmungen und die Kompensationsforderungen ab.

Bevin erhielt von Dr. Schärff die notwendigen Informationen über die politische und wirtschaftliche Bedeutung der von den Russen und den westlichen Alliierten auf Grund des Potsdamer Übereinkommens beschlagnahmten Unternehmungen. Bevin wurde über die Kärntner Frage, über die Lösung der Minoritätsrechte, über die finanzielle Belastung durch die Besatzungsarmeen und ihre Übergriffe, kurz über alles ausgezeichnet informiert, was uns Österreicher bedrückte.

Unterschätzen wir diese Aktion nicht! Was wußten die Staatsmänner des Westens damals ernsthaft von Österreich? Dr. Renner hatte bei den Friedensverhandlungen in Saint-Germain im Jahre 1919 böse Erfahrungen gemacht. Damals wurden die Siegermächte ausschließlich von Benesch und Kramar und den Feinden



Am **1. MAI** 1956

für ein freies, unabhängiges Österreich

am **13. MAI** 1956

jede Stimme für seine schönere Zukunft

**Genossen, wir wollen einen roten Kanzler!**

**Der heroische Freiheitskampf der österreichischen Partei ist mit goldenen Schriftzeichen in die Geschichte der Sozialistischen Internationale eingetragen. Indem Sie durch Ihre Standhaftigkeit und Treue zu den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus im eigenen Land und Volk Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie wiedergewonnen haben, haben Sie der ganzen Welt einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Dafür sagt Ihnen die Sozialistische Internationale aufrichtigen Dank!**

**Julius Braunthal**

**Delegierter der Sozialistischen Internationale, Parteitag 1955**

des damaligen Österreich informiert. Deshalb war dieser Friedensvertrag für Österreich politisch und wirtschaftlich so ruinös. Es war daher für unsere Heimat unerhört wichtig, einen Freund zu finden, dem man alles sagen und alle Informationen geben konnte.

### **In der Sackgasse ...**

Auf der Moskauer Konferenz prallten die verschiedenen Auffassungen über die Bestimmung des Begriffs „Deutsches Eigentum“ aufeinander. Die Gegensätze waren unüberwindbar, die Konferenz praktisch gescheitert.

Die Vertreter der ÖVP in Moskau verkannten die Lage. Sie glaubten, um jeden Preis mit einem Staatsvertrag nach Hause kommen zu müssen. Dr. Gruber suchte Bevin und den amerikanischen Delegierten auf, um sie zu bewegen, in der Frage des „Deutschen Eigentums“ nachzugeben. Gruber schreibt in seinem Buch „Zwischen Befreiung und Freiheit“:

Die Frage des „Deutschen Eigentums“ war juristisch viel zu verwickelt, um sie unserer Bevölkerung begreiflich zu machen. Der Abzug der Besatzungskräfte wäre ein so unermeßlicher Vorteil, daß er durch Zugeständnisse wirtschaftlicher Art nicht aufgewogen werden könnte.

Die Bundeshandelskammer hatte damals ein Gutachten verfaßt, in dem sie ausführte, die von den Russen beschlagnahmten Unternehmungen könnten ruhig in das Eigentum der Russen übergehen, wenn sie nur der österreichischen Rechtsordnung unterstellt würden.

Hatten diese Herren eine Ahnung, was es bedeutet, wenn eine so dynamische Großmacht wie Rußland wichtige Wirtschaftsquellen eines kleinen Volkes beherrscht?

Bevin erreichte die Einsetzung der Wiener Sonderkommission, welche die Aufgabe erhielt, eine eindeutige Definition zu finden, was unter „Deutsches Eigentum“ zu verstehen sei. Die Sprache der Russen war aber von der des Westens verschieden. Die Sonderkommission konnte trotz monatelangen Bemühungen kein Übereinkommen finden.

### **Dr. Renner weist den Weg**

Wiederum trat in dieser schier ausweglosen Situation Dr. Renner auf den Plan. In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 17. und 18. Mai 1947 schrieb er unter dem Pseudonym „Fachmann des Völkerrechtes“ zwei Artikel, in denen er die geldliche Ablöse der russischen Ansprüche vorschlug. Dieser Gedankengang wurde nach längeren Verhandlungen von dem französischen Delegierten, General Chérière, übernommen. Der „Chérière-Plan“ sah vor: Die Sowjetunion solle alles „Deutsche Eigentum“ Österreich übergeben, wofür Österreich eine Entschädigung von 100 Millionen Dollar zu zahlen habe.

Auf der Außenministerkonferenz in London lehnte Molotow den Chérière-Plan ab. Wenige Tage später, und zwar am 18. Dezember 1947, erklärte aber der russische Delegierte Koptomow, Rußland sei grundsätzlich bereit, den Chérière-Plan zu akzeptieren; die Vorschläge seien aber zu gering.

Zu Beginn 1948 teilten die Russen den Westmächten mit, sie wären bereit, den französischen Vorschlag anzunehmen, wenn die Barzahlung mit 200 Millionen Dollar festgesetzt werde, zwei Drittel der gesamten Ölproduktion von Zistersdorf auf die Dauer von fünfzig Jahren und die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf die Dauer an Rußland falle.

Bei den folgenden Verhandlungen konnten die Forderungen der Sowjetunion auf 150 Millionen Dollar herabgesetzt und die Ölquellen von Zistersdorf so geteilt werden, daß die Russen 60 Prozent, und zwar auf die Dauer von 30 Jahren, erhalten sollten. Damit war der Streit um das „Deutsche Eigentum“ gelöst.

### **Durchhalten ...**

Als die Staatsvertragsverhandlungen im Jahre 1949 von den Russen auf die lange Bank geschoben worden waren, wollten die Amerikaner Österreich trösten. Sie befürchteten, daß die Russen ihren Druck auf Österreich verschärfen würden, um das Land, wenn es ermüdet in hoffnungslose Resignation versinke, in Besitz nehmen zu können. Man sandte einen Delegierten nach Österreich, der feststellen sollte, in welcher

Weise die USA den Widerstand gegen die Russen unterstützen könnten.

Im Schoße der Sozialisten wurden zwei Gedanken geboren: „Der Verzicht der Westmächte auf die in ihren Zonen beschlagnahmten Unternehmungen zugunsten Österreichs“, und „Österreich als Prüfstein des russischen Friedenswillens“.

Das Wohlwollen des Westens sollte so der Ausbeutung Österreichs durch die Russen gegenübergestellt werden.

Und so geschah es auch. Selbst Frankreich und England verzichteten auf das „Deutsche Eigentum“ ihrer Zonen zugunsten Österreichs, obwohl beide Länder schwere Kriegsschäden erlitten hatten. Die USA verzichteten darüber hinaus auf den Ersatz der Besatzungskosten und behandelten uns im Rahmen der Europahilfe besonders wohlwollend. Wir Sozialisten benützten jede Konferenz und auch die Tribüne des Parlaments, um gegen die russischen Ausbeutungsmethoden zu protestieren.

Ebenso verhielt es sich mit der zweiten Parole. Erinnern wir uns, damals ließen die Russen auch ihre „Friedenskampagne“ mit Hilfe der Friedensräte los. Die Antwort war daher einfach: „Wenn ihr wirklich Frieden wollt, so müßt ihr einen handgreiflichen Beweis setzen und Österreich den Staatsvertrag geben!“ Die gesamte freie Welt nahm in den folgenden Jahren diese Parole auf. Sie wurde zu guter Letzt auch von den Russen akzeptiert. Und so kam es zur Einladung an die österreichische Regierung vom 24. März 1955.

Im Parteivorstand der SPÖ besprach Genosse Schärf die Lage. Er sagte: „Wenn es den Russen ernst ist, dann lassen sie sich den Abschluß des Vertrages etwas kosten. Der Staatsvertragsentwurf in seiner heutigen Fassung ist viel zu hart. Verlangen wir von den Russen die sofortige Übergabe von Zistersdorf und der DDSG!“

Die ÖVP war mit dieser Forderung nicht einverstanden. Noch im Flugzeug versuchten Bundeskanzler Ing. Raab und Außenminister Ing. Figl, Doktor Schärf zu bewegen, von dieser Forderung Abstand zu nehmen.

Wie richtig Genosse Schärf die Lage einschätzte, beweist das Ergebnis: Zistersdorf und die DDSG gehören heute Österreich! Heute befindet sich weder ein russischer Soldat noch ein russischer Direktor oder Ingenieur auf österreichischem Boden!

### Ende gut, alles gut

„Es gibt selten einen Schaden, bei dem nicht auch ein Nutzen wäre“, sagt ein altes Sprichwort. Unser Kampf hat sich gelohnt.

Vergleichen Sie das Ergebnis mit dem Beginn! Wenn der Staatsvertrag mit den Bedingungen der Jahre 1946 bis 1949 in Kraft getreten wäre, so gäbe es heute kein freies und unabhängiges Österreich! Wir wären zu einem Sklavenvolk moderner Prägung herabgesunken, das zum Ruhm und dem Wohlergehen fremder Großmächte schuftete und werken hätte müssen. Unsere Jugend hätte keine Zukunft gehabt. Wir hätten in Verbänden fremder Armeen dienen müssen. Über Bundespräsident, Regierung und Parlament würde ein „oberster Souverän“ in Form eines anmaßenden „Kontrollrates“ thronen. Ein tschechisches Mitglied hätte in Österreich mehr Macht besessen als ein Minister!

Das alles ist nun vorüber, vorbei, im Kehrhaufen der Geschichte begraben. Stolz können wir Österreicher jetzt sagen:

Hart war der Weg und steinig; er führte aber aufwärts, zu Freiheit und Unabhängigkeit.

1945 bis 1955, diese Jahre wird eine spätere Geschichtsschreibung zur Heldenzeit Österreichs zählen!

## Die Poujade-Bewegung

### Eine faschistische und antisemitische Gefahr

Der Erfolg der Poujade-Bewegung bei den letzten französischen Parlamentswahlen sollte eigentlich nicht überraschen: Der Appell an die primitiven Instinkte, an Rassismus und Antiparlamentarismus — diese altbewährten herkömmlichen Waffen der Demagogie —, macht sich noch immer bezahlt.

Die Bewegung der UDCA („Union de Défense des Commerçants et Artisans“), deren Ziel „Wahrung der Interessen der Kaufleute und Handwerker“ ist, entstand in den mittleren und südwestlichen Departements Frankreichs. Es sind dies die ärmsten Departements, die dazu verurteilt sind, immer mehr zu verarmen, falls nicht ein tiefgreifender Wirtschaftsumschwung erfolgt. Die kleinen Handwerker, Ladenbesitzer und Händler haben sich gegen eine Steuerpolitik erhoben, die ihnen ungerecht schien; sie fühlten sich bedroht durch die stetig fortschreitende Konzentration in Wirtschaft und Handel. Innerhalb von weniger als zwei Jahren hat sich diese Bewegung über ganz Frankreich ausgedehnt. Unter Ausnutzung der Furcht und dem Abwehrwillen der von der Proletarisierung bedrohten „petits indépendants“ hat sie es ausgezeichnet verstanden, die beschränkte, egoistische und fremdenfeindliche Haltung jener kleinen, zu Wohlstand gelangten Ladenbesitzer zu widerspiegeln, die den Begriff der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes gar nicht erfassen. Überdies wußte sich Poujade die Stimmen einer großen Zahl von Unzufriedenen zu sichern: so wählten ihn aus Indochina zurückgekehrte Soldaten, „Gesäuberte“ der Befreiung in der Nachkriegszeit oder junge Leute ohne Existenzaussichten. Ein Parlament ohne feste Mehrheit, das Nacheinander von Regierungen, eine in Paris zentralisierte Macht, die — den Augen der Provinzbewohner entrückt — als ein willkürliches Regime erscheint, haben in hohem Maße beigetragen, diese Unzufriedenheit zu nähren.

### Poujadismus und Faschismus

Im politischen Kampf ist die UDCA von der Defensive zur Offensive übergegangen. Dieser Kampf

wird durch „das brave französische Volk“, durch Landwirte, Handwerker, Händler und Intellektuelle, unter der Leitung des Chefs Pierre Poujade geführt. Alle Mythen des Faschismus müssen erhalten: der Mythos der nationalen Union und Revolution, das korporative System, der Führerkult, der Antisyndikalismus und der Antisemitismus.

„Die Poujadisten“, so schreibt Professor Maurice Duverger in der Zeitung „Monde“ vom 18. Jänner 1956, „weisen die Bezeichnung als Faschisten mit Entrüstung zurück. In der gleichen Richtung wirkt ihre Presseinformation, die die UDCA-Deputierten als brave, harmlose Leute hinstellt, die sehr mittelständisch gesinnt sind. Dieses Bild entspricht übrigens in vielen Fällen der Wahrheit; viele Wähler des UDCA sind tatsächlich keine Faschisten, genau so wie seinerzeit viele Wähler der Nazi-Partei keine Nazis waren. Dies ändert jedoch nichts am Wesen des Problems. Ein Großteil der poujadistischen Anhängerschaft ist faschistisch. Die Bewegung stützte sich nämlich ursprünglich auf jene Schicht des Mittelstandes, deren Ausschaltung in der Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung liegt. Um diesen Kern haben sich jene gruppiert, welche die Republik und die Demokratie bei uns nie anerkannt haben... Vollends faschistisch ist die Struktur des Poujadismus. Absolute Autorität des Chefs, Unterwerfung unter seine Direktiven auf allen Stufen des Apparates, Treuegelöbnis — allein schon typische Tatsachen; mehr aber noch sind es die Rekrutierung handfester Kerle und die Verwendung

## Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

François Dem, Peter Gstöttner, Hein Hamacher, Hermine Kornis, Alfred Migsch, Otto Probst, Oskar Passauer, Thomas Pluch, Rudolf Trimmel.

von eigens ausgebildeten Schlägertrupps. Es ist kein Zufall, daß man Leute aus den faschistischen Parteien der dreißiger und vierziger Jahre in den Schlüsselstellungen findet, und zwar nicht etwa als »Mitläufer«, für die der Faschismus ein Jugenderlebnis war, sondern ständige Mitglieder und Techniker der Bewegung. Ist es daher verwunderlich, daß Stil und Handlungsweise des Poujadismus keinen Raum mehr für irgendwelche Zweifel lassen? — Mobilisierung der Straße gegen Kontrollen, Plünderung von Steuerämtern, Störung von Versammlungen; die Beschimpfung der Juden und das Niederprügeln eines Mohammedaners in Algier vervollständigen das Gesamtbild...“

Poujades Beziehungen zu Dorgères, dem früheren Chef der Grünhemden, und zu Tixier-Vignancourt, die Beweise der Sympathie und der Ermunterung der gesamten neonazistischen Presse (so etwa des „Rivarol“ vom 12. Jänner 1956) und die Unterstützung durch die Großkolonisten in Algier sind nicht minder beunruhigende Anzeichen.

### Die zwei Generalstäbe

In der französischen Wochenschrift „France Observateur“ (12. Jänner 1956) enthüllt Jaques Arnel das Bestehen von zwei Generalstäben. Die Poujade-Bewegung hat einen ersten Generalstab, einen offiziellen, zusammengesetzt aus Händlern und Handwerker, die im allgemeinen keine politische Vergangenheit haben und ohne intellektuelle Bildung sind. Die verwickelten Probleme, auf die sie nicht vorbereitet sind, wachsen ihnen rasch über den Kopf. Poujade läßt sich denn auch die politische Formierung seiner Wochenschrift „Fraternité française“ angelegen sein. Als deren Direktor zeichnet Paul Chevallet, Algerier und glühender Anhänger des „Empire“. Ihm zur Seite steht eine faschistische Equipe, die die Zeitung macht und die doktrinären Artikel verfaßt. Hauptmitarbeiter sind hierbei Claude Jeantet, während der Besetzung Chefredakteur des „Petit Parisien“, der im Prozeß gegen „Je Suis Partout“ zusammen mit Cousteau und Rebattet zu Zwangsarbeit verurteilt worden war, Camille Fegy, während der Besetzung Chefredakteur von „La Gerbe“, der ebenfalls zu Zwangsarbeit verurteilt worden war, und Maurice Lebrun, der frühere Chefredakteur von „L'Emancipation Nationale“, der Zeitung Doriots. Es ist leicht zu erraten, daß es zwischen den Mitgliedern der beiden Generalstäbe Reibungen gibt; ganz sicher aber ist es, daß die Equipe der „Fraternité française“ sehr rasch die Oberhand auf dem Gebiet der Doktrin gewinnen wird. Dies liegt in der Logik der Bewegung.

### Der Strafmarsch zur Britanniahütte

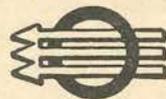
In der Schweiz nimmt die Öffentlichkeit sehr regen kritischen Anteil an allem, was mit der Armee zusammenhängt. Wir haben darüber schon mehrmals geschrieben. Heute sei ein einzelner Fall für jene Schutzbündler von einst herausgegriffen, die für disziplinäre Probleme in einer wahrhaft demokratischen Armee besonderes Interesse haben.

Vom 15. bis 27. März 1954 bestand eine Lawinenkompanie unter Führung von Hauptmann Sch. einen Ergänzungskurs, wobei ihr ein Detachement der Stauwehr-Flab und weitere Wehrmänner zugeteilt waren. Auf den 23. bis 25. März befahl Hauptmann Sch. der Kopanie und den Zugeteilten eine Übung, die in einem am ersten Tag durchzuführenden Marsch auf Skiern vom Unterkunftsort Saas-Fee (1790 m) über das Eggnerjoch nach der Britanniahütte (3629 m), in einer anderntags anschließenden Besteigung des Strahlhorns (4190 m) und in der am dritten Tag vorgesehenen Rückfahrt nach Saas-Fee bestehen sollte.

Am Vormittag des 23. März herrschte in diesem Gebiet bei Föhnlage verhältnismäßig gutes Wetter, doch sagte die Meteorologische Zentralanstalt Niederschläge voraus. Der Leiter des Wetterdienstes erläuterte diese Voraussage dahin, daß ein krasser Wettersturz nicht so rasch eintrete, doch zeigten sich Anzeichen eines Wetterumschlages. Der Hauptmann wollte zum fünf- bis sechsstündigen Marsch um 13.30 Uhr antreten lassen. Nach dem um 9 Uhr ausgegebenen Befehl hatte das aus 31 Mann bestehende Detachement — zum größten Teil bergungswohnte Leute — hinter der rund 50 Mann zählenden Lawinenkompanie und vor dem an den Schluß der Kolonne befohlenen Stab zu marschieren. Die Leute hatten außer der gewöhnlichen Ausrüstung ihre Verpflegung und sonstiges Material zu transportieren, ferner hatte das Flab-Detachement zwei Kanadierschlitten mitzuführen.

Um 13.30 Uhr war das Flab-Detachement noch nicht vollständig am Sammelplatz erschienen. Drei oder vier welsche

### Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus



## Bundeshauptversammlung

### Genossinnen und Genossen!

Wir berufen für Samstag, den 28. April 1956, die Hauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus nach Wien XVIII, Gentzgasse 62, um 10 Uhr ein.

Da wir an diesem Tag unsere internationalen Gäste (Treffen der Widerstandskämpfer) in Wien begrüßen, werden wir diesmal in unserer Hauptversammlung kein Referat erstatten und uns auf folgende Tagesordnungspunkte beschränken.

- Tagesordnung:**
1. Begrüßung
  2. Berichte des Obmannes, des Kassiers, des Redakteurs, der Kontrolle
  3. Wahl des Vorstandes
  4. Allfälliges

Die Delegierten zur Wiener Landeshauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus ersuchen wir, bereits um 9 Uhr zu uns ins Arbeiterheim Währing, XVIII, Gentzgasse 62, zu kommen, weil wir die Absicht haben, eine organisatorische Form für die künftige Arbeit zu finden, die uns allen helfen soll, Zeit zu sparen, und dabei dennoch den notwendigen Kontakt gewährleistet.

Wir bitten euch, unserer Einladung Folge zu leisten.

Der Bundesvorstand

Wie Hitler ohne die Unterstützung des reaktionären Kapitalismus, ohne Thyssen und Krupp, nicht regieren konnte, so hängt die vollständige Umwandlung der UDCA in eine faschistische Partei letzten Endes von der Unterstützung ab, die der Bewegung seitens der rückständigen Elemente des Kapitalismus, der Großkolonisten in Nordafrika, der Weinbrenner usw. gewährt werden wird. Ausschlaggebend ist nun, ob sich die republikanischen Kräfte angesichts dieser faschistischen Gefahr zusammenschließen oder nicht.

Soldaten kamen gerade dahergelaufen. Diese Unpünktlichkeit fiel nicht aus dem Rahmen des Dienstbetriebes und konnte auch auf unzulänglicher Übermittlung der Befehle beruhen. Trotzdem erbitterte sie den Hauptmann derart, daß er dem Flab-Detachement erklärte, er verschiebe den Abmarsch auf 15.30 Uhr. Der Arzt blieb beim Detachement, dagegen verfügte der Hauptmann, daß zwei ihm angehörende berggewohnte und im Lawinendienst wohlverfahrene Soldaten C. und K. mit der Hauptkolonne marschieren sollten. Um das Detachement weiter seinen Zorn fühlen zu lassen, beschloß er die Durchführung eines Strafmarssches. Er verzichtete jedoch auf diese Absicht, als ein Leutnant erklärte, ein Strafmarsch sei nicht zu verantworten. Weil die mitzunehmende Verpflegung nicht pünktlich anlangte, wurde Saas-Fee anstatt um 15.30 Uhr erst um 15.50 Uhr verlassen. Nach einem leichten Schneefall gerieten beide Kolonnen bald in einen starken Schneesturm.

Während die Lawinenkompanie um 20 Uhr die Britanniahütte erreichte, verlor das Flab-Detachement die Anstiegsroute, da sie nicht bezeichnet war und die Spuren der Lawinenkompanie bereits verweht waren. Das Detachement geriet in die Spaltenzone des Fegletschers; Oberleutnant G. wurde von einem Schneebrett erfaßt und zugedeckt, andere Wehrmänner gerieten in rutschenden Schnee. Eine Rückfahrt nach Saas-Fee war wegen der Dunkelheit in dem steilen Gelände nicht zu wagen. Ermüdung, Kälte und Angst befelen die Leute.

Nun wurde der Hauptmann auf die Stimmung der Truppe aufmerksam gemacht. Er erwiderte, daß das Detachement den Weg schon finden werde, sonst möge es umkehren. Oberleutnant B. wollte die Leute mit einer Patrouille suchen und fuhr bei völliger Dunkelheit in die 300 bis 400 m tiefer gelegene Mulde hinab, wo er auf das Flab-Detachement stieß, die Zurücklassung der Schlitten befahl und das Detachement auf das Eggnerjoch führte. Dabei rutschte ein Soldat etwa 20 m in die Tiefe, ein anderer verlor das Bewußtsein, weshalb ihm der Arzt Coramin und Adrenalin einspritzte und ihn massieren ließ. Ein Mann der Rettungspatrouille baute eine Schneehütte, worin sich der Bewußtlose erholt.

Auf Vorschlag des Hüttenwartes der Britanniahütte wurde

# Der größte Genius — und heute ...?

## Was die Kommunisten einstmals über Stalin sagten

„Genosse Stalin entwickelte und erhob die Marxistisch-Leninistische Theorie zu nie dagewesener Höhe. Genosse Stalin ist der mächtige Fortsetzer der gerechten Sache Lenins. Genosse Stalin ist der Lenin von heute. Genosse Stalin ist der machtvolle Baumeister des Kommunismus.“

(Mikojan in der „Prawda“ am 21. Dezember 1949, zu Stalins siebenzigstem Geburtstag.)

### Der überragende Genius des Menschengeschlechtes

„Lang lebe der überragende Genius des Menschengeschlechtes, der Lehrer und Führer, der uns siegreich zum Kommunismus führt, unser geliebter Genosse Stalin.“

(Chruschtschew auf der 18. Parteitagung im März 1939.)

„Stalin hat Lenins Werk fortgesetzt und es zu neuen Höhen der Wissenschaft und der sozialen Entwicklung erhoben.“

(Ulbricht in „Das Testament des Großen Stalin“, in sämtlichen ostdeutschen Zeitungen, am 8. März 1953.)

„Für Stalin bedeutete ein Menschenleben den größten Schatz. Mit wahrhaft väterlicher Fürsorge arbeitete er am Glück der Menschen und an einer schönen Zukunft.“

So wird das Angedenken dieses größten Menschen unserer Zeit fleckenlos und glanzvoll in unseren Herzen und Gedanken für ewig weiterleben.“

(Aus Zapotockys Grabrede bei Stalins Beerdigung in Moskau am 9. März 1953.)

### Der Ein-Mann-Kult

„Die Feinde des Volkes und ihre verschiedenen Agenten machen sich über das lustig, was sie den „Ein-Mann-Kult“ nennen. Es vergeht kein Tag, an dem nicht verbrecherische Elemente Beleidigungen und Verleumdungen gegen Stalin schleudern. Aber es vergeht auch kein Tag, an dem nicht tausendfaches Zeugnis, eines herzbewegender als das andere, die tiefe und echte Zuneigung der Arbeiter der ganzen Welt für den besten aller Menschen bestätigen, für den ersten aller Kämpfer für Freiheit und Frieden, für den Giganten revolutionärer Denks- und Handlungsweise.“

(Maurice Thorez in der Zeitung „L'Humanité“ am 22. Dezember 1949.)

nun eine Rettungskolonne von 26 Mann gebildet, welcher sich wohl der Hüttenwart, nicht aber der Hauptmann anschloß. Mehrere Leute gerieten auf der Rückfahrt in Schneebrüder, konnten jedoch gerettet werden. Material im Werte von etwa 200 Fr. ging verloren; es konnte jedoch später wieder gefunden werden.

Wegen dieser Vorgänge wurde Hauptmann Sch. vom Auditor des Divisionsgerichtes II angeklagt:

1. der Überschreitung der Strafgewalt, begangen dadurch, daß er den Abmarsch des Detachements hinausschob und einen Strafmarsch anordnete;

2. der Nichtbefolgung von Dienstvorschriften, begangen dadurch, daß er den Abmarsch des Detachements hinausschob und einen Strafmarsch anordnete, entgegen dem Gebirgsreglement für das Flab-Detachment keine gute und sichtbar markierte Spur anlegen ließ, dem Flab-Detachment keine Hundeführer mit Lawinhunden mitgab, wie das Gebirgsreglement es verlangt, und daß er für den Marsch, entgegen den Bestimmungen des Gebirgsreglements, keine hinlängliche Meldeorganisation einrichtete, welche die Verbindung zum Flab-Detachment sichergestellt hätte;

3. der fahrlässigen Körperverletzung, begangen gegenüber Kanonier G.;

4. der Verschleuderung von Material, begangen dadurch, daß er Ausrüstungsgegenstände im Werte von 200 Fr. zugrunde gehen ließ.

Das Divisionsgericht II sprach den Angeklagten in allen Punkten frei, bestrafte ihn dagegen unter Annahme eines leichten Falles der Überschreitung der Strafgewalt und leichter Fälle von Nichtbefolgung von Dienstvorschriften disziplinarisch mit 15 Tagen scharfem Arrest.

Auf die Kassationsbeschwerde des Auditors urteilte das Militärkassationsgericht nun wie folgt:

1. Gegen Art. 67 des Militärstrafgesetzes hat sich vergangen, wer die ihm zustehende Disziplinarstrafgewalt überschreitet. Das hätte Hauptmann Sch. getan, wenn er den Marsch, den er durch das Flab-Detachment zwischen 13.30 und 15.30 Uhr durchführen lassen wollte, tatsächlich befohlen hätte. Er sah

„Alle Schriften Genossen Stalins sind unsterbliche Dokumente des Marxismus... Enzyklopädien des Marxismus-Leninismus, die Summe der Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung der vergangenen hundert Jahre.“

Seit dem Tode Lenins war Genosse Stalin stets der Mittelpunkt der kommunistischen Weltbewegung.“

(Mao Tse Tung in einem Nekrolog „Die große Freundschaft“, März 1953.)

### Wie die Sonne

„Josef Wissarionowitsch Stalin war der weiseste Führer und Lehrmeister unseres Zeitalters. Sein Ratsschlag bildet die Grundlage, auf der die Kommunisten der Volksdemokratien ihre sozialistische Zukunft aufbauen.“

(Rakosi in der Zeitung „Szabad Nep“ vom 13. März 1953.)

„Wie die Sonne, so wird Stalins Name, die Zeit überwindend, in den Herzen dankbarer Generationen Bulgariens scheinen.“

(Der bulgarische Ministerpräsident Tschewenkow anlässlich Stalins Tod am 13. März 1953.)

### Das widerliche Gebell

... Selbst der politische Gegner... muß die menschliche Größe, die schöpferische Riesenkraft Stalins anerkennen. Mag auch an diesem Tag das widerliche Gebell der antikommunistischen Kettenhunde nicht verstummen, ihr Lärm reicht nicht hinauf zu jenem steilen Gipfel der Menschheit, zu jenem Felsenhaupt im Morgenrot eines neuen Zeitalters. Und wenn die Namen der Feinde Stalins längst verweht sein werden, der Name Stalin wird von Generation zu Generation im Lied, in der Sage, in der ehrfürchtigen Erinnerung der Völker weiterleben...“

(Ernst Fischer zu Stalins Geburtstag, 22. Dezember 1949.)

„Es wurde einmal die Frage gestellt, auf welchen Schaffensgebieten sich Stalin am größten zeigt, als Organisator der Partei, als schöpferischer Theoretiker des Marxismus-Leninismus, als Mann der Wirtschaft, als Staatsmann, als Heerführer. Daß auf allen diesen und vielen anderen Gebieten seine Leistungen einzigartig und wirklich genial sind, das eben ist es, was ihn zum größten Geist unserer Epoche, zu einem der Größten der Weltgeschichte macht.“

(Zucker-Schilling, „Volksstimme“, 21. Dezember 1949.)

in diesem Marsch nicht eine Übung, sondern ein Mittel zur Züchtigung des Detachements dafür, daß einige Wehrmänner nicht pünktlich angetreten waren. Als Strafe aber war ein solches Unternehmen unzulässig, weil die Disziplinarstrafordnung diese Strafe nicht kennt. Wie das Divisionsgericht feststellt, hat jedoch Hauptmann Sch. den Strafmarsch nicht verfügt, sondern nur zu verfügen beabsichtigt. Ohne verbindliche Strafverfügung war die Disziplinarstrafgewalt noch nicht überschritten.

2. Dagegen hat Hauptmann Sch. die ihm zustehende Disziplinarstrafgewalt dadurch überschritten, daß er den Abmarsch des Flab-Detachements nach der Britanniahütte auf 15.30 Uhr verschob. Er hat ausdrücklich anerkannt, daß das Verschieben des Abmarsches Strafe sein sollte. Er sei sich bewußt gewesen, daß es eine unzulässige Strafmarsch sei und auch nicht kollektiv bestraft werden dürfe.

3. Die Überschreitung der Strafgewalt ist mit Gefängnis, in leichten Fällen nur disziplinarisch zu bestrafen.

4. Die Überschreitung der Strafgewalt durch Verschiebung des Abmarsches des Flab-Detachements war kein leichter Fall. Hauptmann Sch. wählte nicht nur eine unzulässige Strafmarsch, sondern sprach die Strafe auch kollektiv aus und traf so außer wenigen Schuldigen auch zahlreiche Unschuldige. Erschwerend ist, daß er den Gründen der Verspätung nicht nachforschte und die Strafe ohne Untersuchung verhängte. Solche Verhöhnung der Gerechtigkeit ist geeignet, das Vertrauen der Truppe zu erschüttern. Vorzuwerfen ist ihm namentlich, daß das Überschreiten der Strafgewalt den Kanonier G. dem Tod nahe brachte. Hauptmann Sch. wußte, daß das Detachment vorwiegend aus bergungewohnten Leuten bestand, die er durch sein Verhalten in eine gefährliche Lage bringen konnte.

Gestützt auf Art. 2 Ziffer 1, 15, 29 Abs. 1, 30, 44, 49 Ziffer 1 Abs. 1 und Ziffer 2 MSTG wurde Hauptmann Sch. verurteilt: a) zu neunzig Tagen Gefängnis, militärisch zu vollziehen; b) zu den Kosten des Verfahrens erster Instanz von 701 Fr.; c) zu einer Gerichtsgebühr von 100 Fr. für das Kassationsverfahren.

# An das österre

Österreichs Volk ist zur Wahl aufgerufen. Die Wahl entscheidet über die Führung des Staates und der Wirtschaftspolitik.

Als Österreich durch den Staatsvertrag seine Unabhängigkeit erlangte, hat ein neuer Abschnitt in der Geschichte unserer Republik begonnen. Auf allen Gebieten, wirtschaftlich und geistig, sollen die letzten Reste des Krieges und der unmittelbaren Vor- und Nachkriegszeit beseitigt werden. Den Opfern des Kampfes um ein freies und unabhängiges Österreich soll volle Genugtuung gegeben werden. Die seit 1945 beschlossenen Sondergesetze sollen für alle, die sich keiner Verletzung der Menschenrechte schuldig gemacht haben, beseitigt werden.

Die Sozialisten haben dem österreichischen Volk immer gesagt: Frei sein heißt, sich unter eigener Verantwortung bewähren. Und in einer Demokratie leben heißt, daß jeder dafür mitverantwortlich ist, wohin der Weg Österreichs geht.

Die Sozialistische Partei hat in ernsten und schweren Zeiten als Hüterin der Freiheitsrechte des Volkes ihre Bewährungsprobe abgelegt. Dort, wo die sozialistische Bewegung stark ist, sind Freiheit und Demokratie gesichert, und die Menschenrechte sowie die Grundsätze des Rechtsstaates sind allen Staatsbürgern garantiert.

Die Sozialistische Partei unterbreitet hiemit den Männern und Frauen Österreichs ein Programm, dessen Verwirklichung aus Österreich eine Heimstätte des Volkes machen wird.

## Österreich frei zur internationalen Zusammenarbeit

Die Sozialisten bekennen sich zur freien, unabhängigen und demokratischen Republik Österreich. Die Neutralität Österreichs ist eine militärische. Österreich gehört zur demokratischen Welt; es ist frei zur internationalen Zusammenarbeit. Die Sozialisten fordern daher:

Die aktive Mitarbeit Österreichs im Europarat und in allen Institutionen, die eine engere Zusammenarbeit der Staaten des freien Europa fördern.

Eine Verringerung der materiellen Lasten aus dem Staatsvertrag.

## Österreichs Reichtum für Österreichs Volk

Die Sozialisten wollen das an Naturschätzen reiche Österreich auf den Stand der hochentwickelten Industrieländer West- und Nordeuropas bringen. Sie wollen die Lebensverhältnisse aller Arbeitenden und Rentner schrittweise mit dem steigenden Wirtschaftsertrag verbessern. Zu diesem Zweck fordern sie für das österreichische Volk:

Erschließung und Nutzung aller österreichischen Bodenschätze. Das gilt insbesondere für Erdöl, Erdgas und die Wasserkräfte.

Steigerung der Produktivität und gerechte Verteilung des dadurch erhöhten Volkseinkommens.

Vorkehrung gegen Konjunkturrückschläge. Umfangreiche öffentliche Investitionen zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung bei gleichzeitiger Sicherung der Währung und Kaufkraft.

Gesamtwirtschaftliche Planung bei Wahrung des freien Wettbewerbs.

Besondere Förderung jener Gebiete, die

**Helfen wir alle zusammen,  
den Kampf erfolgreich beenden  
Mitarbeit und Mithilfe aller**

*Johann*

Parteivorsitz

Die Landespartei

*Jonas*

Wien

*H. W.*

Niederösterreich

*Schreyer*

Salzburg

*W. W.*

Tirol

*W. W.*

Steiermark

*J. Beck*

Kärnten

# reichische Volk!

durch die Folgen der Besetzung in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt waren.

Steuersenkung für die kleinen und mittleren Lohn- und Einkommensteuerzahler. Herabsetzung der Steuern auf die Güter des täglichen Bedarfs.

Befreiung vom Preisdiktat der Kartelle.

Abwehr aller Zugriffe auf verstaatlichte Betriebe.

Zweckmäßigste Verwertung der Vermögen-

schaften, die durch den Staatsvertrag Eigentum der Republik wurden.

## Der Wohlfahrtsstaat für alle

Die Sozialisten verlangen den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, der jedem Österreicher volle soziale Sicherheit gewährleistet und allen hilft, die Hilfe brauchen. Sie fordern daher:

Die Vollendung der sozialen Gesetzgebung. Soziale Sicherheit, insbesondere die Volkspension, auch für die Selbständigen.

Mehr Schutz für Mutter, Kind und Familie. Familienwohnungsbeihilfen für Haushalte mit mehr als zwei Kindern und Heiratsdarlehen für junge Paare.

Mehr Schutz gegen Berufsunfälle und Berufskrankheiten. Förderung der beruflichen Eingliederung von Körperversehrten und Invaliden.

## Gesunde Wohnungen — glückliche Menschen

Die Sozialisten treten für das Recht aller auf menschenwürdige und gesunde Wohnungen ein. Sie wollen mehr und moderne Wohnungen! Die Sozialisten fordern daher:

Der Mieterschutz muß erhalten und gefestigt werden.

Schutz vor dem Wucher mit freiwerdenden Wohnungen.

Neue Wohnungen müssen geschaffen, die alten verbessert und saniert werden. Insbesondere die jungen Menschen brauchen Wohnungen. Der Neubau von Volkswohnungen soll durch zusätzliche Förderungsmittel aus dem Bundesbudget verstärkt werden. Besondere Hilfsmaßnahmen für Schwerpunkte der Wohnungsnot und zur Beseitigung des Barackenelends.

Billige Kredite sollen den kommunalen, den genossenschaftlichen und Eigenheimbau fördern.

## Freie Entfaltung der kulturellen Kräfte

Die Sozialisten streben den geistigen und sittlichen Aufstieg des ganzen Volkes an. Sie sehen in der Freiheit des Geistes die unbedingte Voraussetzung für eine volle Entfaltung der Persönlichkeit. Sie fordern daher:

Toleranz und religiösen Frieden.

Gleiche Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für alle Kinder in Stadt und Land; daher Abwehr aller Angriffe auf die öffentliche Gemeinschaftsschule.

Errichtung von Internaten und Studentenheimen.

Förderung des Studiums Begabter.

Volle Freiheit der Forschung und der Lehre: keine dogmengebundene Wissenschaft, keine dirigierte oder kommandierte Kunst.

Hebung der Volksgesundheit, sinnvolle Frei-

damit wir am 13. Mai 1956  
enden. Dazu bedarf es der  
Mitglieder unserer Partei

häruf

rsitzender

reivorsitzenden:

sterreich

Oberösterreich

ol

nten

Vorarlberg

Burgenland

zeitgestaltung, Förderung von Sport und Sozialtourismus.

Mehr öffentliche Mittel zur Förderung von Kunst, Wissenschaft, Volksbildung und körperlicher Ertüchtigung.

#### **Eine gesunde Landwirtschaft**

Die Sozialisten sind für die Erhaltung einer lebensfähigen Bauernschaft und für eine verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land. Sie fordern daher:

Eine Bodenreform unter Bedachtnahme auf die Eigenart der Bundesländer. Einen zeitgemäßen Pächterschutz.

Hilfe und Erleichterung für die Bergbauern. Aufschließung der ländlichen Gebiete mit schlechten Transportverhältnissen.

Förderung der landwirtschaftlichen Bodenverbesserung und der Elektrifizierung des Bauernhofes.

Modernisierung der bäuerlichen Wirtschaft. Förderung von Landmaschinenhöfen und Dorfgemeinschaftshäusern.

Bekämpfung jenes Zwischenhandels, der die Preise der Produzenten drückt und die des Konsumenten ungebührlich erhöht.

Volkspension für die selbständigen Bauern und Bäuerinnen.

Die Sozialisten sind überzeugt, daß in der Wirtschaft neben der Industrie die gewerblichen Betriebe unentbehrlich sind. Sie fordern daher:

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Gewerbetreibenden von Kartellen und Monopolen.

Steuererleichterungen für die kleinen und mittleren Selbständigen. Schutz gegen Kreditwucher. Billige Betriebskredite zur Verbesserung und Modernisierung ihrer Unternehmen.

Gerechte Beteiligung des Gewerbes an öffentlichen Aufträgen.

Schutz vor Verelendung im Alter; Einbeziehung der Selbständigen in die Volkspension.

#### **Gegen Protektion und Korruption**

Die Sozialistische Partei fordert die strengste Beachtung der Grundsätze des Rechtsstaates. Die Verwaltung hat dem Staatsbürger zu dienen; er muß vor Willkürakten der Verwaltung geschützt werden. Die Sozialisten fordern daher:

Unparteilichkeit in der Verwaltung, Ausschaltung von Protektion und Korruption.

Öffentliche Ausschreibung der freien Stellen in der Verwaltung und ihre Vergebung nach Eignung.

Volle Kontrolle der freigewählten Volksvertretung über das Staatsvermögen.

Größte Sparsamkeit in der Verwaltung. Vereinfachung des Steuer- und Abgabewesens.

Schutz des Staatsbürgers gegen Willkür der Finanzbehörden.

Die Sozialistische Partei hat ihre Ziele stets offen dargelegt und vertreten; sie hat bewiesen, daß Sozialisten halten, was sie versprechen.

## **Die Sozialisten wollen:**

**ein Österreich, frei und unabhängig, mitbauend am einigen Europa;  
in Österreich dem Volk erhalten, was als öffentlicher Besitz dem Volk gehört;**

**in unserem Land die Demokratie lebendiger machen;**

**den Bedürftigen Hilfe, allen Sicherheit geben;**

**Recht und Gerechtigkeit in der Verwaltung sichern;**

**nicht den Menschen verstaatlichen, sondern den Staat vermenschlichen.**

Dazu bedarf es der aktiven und starken Führung der Sozialisten in Volksvertretung, Regierung und Verwaltung.

Macht die Sozialisten zur führenden Partei! Wählt am 13. Mai:

# **Sozialistische Partei!**

**WIR ALLE WOLLEN DAFÜR ARBEITEN, DASS  
DIESES PROGRAMM VERWIRKLICHT WERDEN  
KANN. WIR WERDEN DAFÜR KÄMPFEN, DASS  
AM 13. MAI DER WAHLSIEG UNSER WERDE.**

**Internationales Treffen der Widerstandskämpfer in Wien  
28. April bis 2. Mai 1956**



**Wir begrüßen unsere Genossen  
und Kameraden**

**und freuen uns, mit ihnen gemeinsam den**

**1. MAI IN WIEN**

**erleben zu können; in unserem roten Wien**

**Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus**

## Ehrenzeichen für lang-jährige Mitgliedschaft

Nach einem Beschluß des Parteitages 1955 soll in Hinkunft an langjährige Mitglieder unserer Partei ein Ehrenzeichen verliehen werden. Der Parteivorstand hat in Durchführung dieses Beschlusses Abzeichen in Silber und Gold aufgelegt, die nach folgenden Bestimmungen verliehen werden.

### Das goldene Ehrenzeichen

Dieses Abzeichen wird dem Parteimitglied von seiner Landesorganisation für eine 40jährige ununterbrochene Parteizugehörigkeit verliehen. Hierbei ist wichtig, daß die Zeit von Februar 1934 bis 1. Mai 1945 nicht als Unterbrechung gerechnet wird. Wenn der Nachweis der langjährigen Mitgliedschaft nicht aus einem alten Parteimitgliedsbuch erbracht werden kann, ist die eindeutige Zeugenaussage von mindestens zwei Vertrauenspersonen notwendig. Die Bewerber für das goldene Ehrenzeichen werden von den Lokalorganisationen und Sektionen festgestellt und an die zuständige Bezirksorganisation mit Angabe der Namen, Geburtsdaten und Adressen gemeldet. Die Bezirksorganisation stellt an ihre Landesorganisation den Antrag auf Verleihung des goldenen Ehrenzeichens für die betreffenden Mitglieder.

### Das silberne Ehrenzeichen

Jedes Parteimitglied, das 25 Jahre (einschließlich der Zeit von 1934 bis 1945) der Partei angehört, ist berechtigt, das silberne Ehrenzeichen der Sozialistischen Partei Österreichs zu erwerben. Das silberne Ehrenzeichen wird dem Mitglied gegen Ertrag eines Kostenbeitrages überreicht. Die Vertrauenspersonen haben die Aufgabe, jene Mitglieder festzustellen, die auf ein Ehrenzeichen Wert legen. Die Lokalorganisationen beziehungsweise die Sektionen melden die Anzahl der erforderlichen silbernen Ehrenzeichen an ihre Bezirksorganisation unter Angabe der Namen, Geburtsdaten und Adressen der betreffenden Mitglieder.

## Du sollst nur in gewissen Fällen töten

Der Pfarrer sprach in der Diskussion, wie eben ein Pfarrer in einer Diskussion spricht. Er triefte derart von faszinierender Gottwohlgefälligkeit, daß der junge Mann seine Abneigung gegen Uniformen, und was sind schwarze Röcke schon anderes, vertagte.

Die Diskussion hatte einen wenig anheimelnden Saal, dessen Wände das weltversöhnende Lächeln der verstorbenen Ratsherren zierte und in dem es für gewöhnlich wohl um die Probleme der Kanalisation geht, zum Schauplatz. Man sprach über eine Grundfrage der menschlichen Existenz.

Das Publikum bestand aus Leuten, die etwas sagen mußten\*), solchen, die diese Pflichtmeinungen hören wollten\*\*), und natürlich jenen 98 Prozent, die es sich schuldig zu sein glaubten, Diskussionen von der Auswirkung der H-Bombe auf das Wetter bis zur Sternendeutung durch ihr jeweils mehrmaliges Aufzeigen zu bereichern. Und wer genau hinsah, erkannte die Gesichter, die er erst kürzlich bei der Gleichfeier des

\*) Zu denen gehörte der Pfarrer.

\*\*) Zu denen gehörte der junge Mann.

Erholungsheimes für Sexualverbrecher im Publikum angetroffen hatte.

Wenn man nach den 98 Prozent schließt, ist das Thema der Diskussion völlig unwichtig. (Haben Sie schon bemerkt, daß das Wort Diskussion nicht aus dem Deutschen stammt?) Aber Dinge, über die sich der gottwohlgefällige Pfarrer ereifert, wollen wir festnageln: Es ging um Tod oder Leben.

Da wurde eine größere Menge von Krankengeschichten einer Frauenklinik ihrem Panzerschrank stiller Duldung entrissen. Ich zitiere aus reiner Bequemlichkeit nur den Kopf des Tiradenkörpers der Pfarrerschen Aussage: Mord am ungeborenen Leben!

Der junge Mann ließ sich von dem großen Theater verzaubern. Er baute in den Tiradenkörper eine Seele. Ich will deswegen den Pfarrer nicht gleich mit „Komödianten“ beschimpfen. Ich will nur sagen, daß es so gute Komödianten gibt, die über ihrer jeweiligen Rolle vergessen, daß sie schauspielern.

Der junge Mann kannte die Bibel nicht, er war auch nicht klug genug, in zwei Stunden 132 Bibelsprüche zu verdauen. Er hörte nur, daß schöne Frauen ihre Figur nicht ruinieren wollen, nicht gewillt sind, Schmerzen zu erdulden, andere wieder sich schämen, weil das Kind keinen Vater hat, nicht auf Luxus verzichten können, ja überhaupt keine Menschen mehr seien, und er glaubte und glaubte und glaubte und glaubte...

\*

Wir nehmen der Einfachheit halber an, daß er derselbe junge Mann war, der 15 Jahre vorher das Leben aus zeretzten Körpern ausrinnen sah, vor dessen zermarterten Augen sich kahle Trauerweiden in wahnsinnig schreiende Mütter — schreiende Mütter — verwandelten. Wir könnten ihn aber auch gar nicht erkennen — er hat ja eine Uniform an. Wir nehmen auch an, daß derselbe Pfarrer, dessen Gott Maschinengewehre bediente, in der Feldmesse predigte, daß die Heiligen die Kugeln gottwohlgefällig zielsicher auf die Ausländer des Himmelreiches richten werden. Wir können ja auch den Pfarrer im schwarzen Rock nicht erkennen. Wem die Trauerweidenmütter nicht die Sinne töteten, der konnte auch den Pfarrer im Ausland hören. Die Konfession hatte Koalitionsschwierigkeiten. Gott war von der Menschheit zerlegt!

\*

Ja, er war tatsächlich der gleiche junge Mann von damals. Und trotz seiner Jugend, um die ihn ja in Wirklichkeit das entsetzliche Erleben von damals betrogen hatte, und trotz des Schauers, der sein junges Herz zerfleischt hatte, konnten ihn die Trauerweidenmütter nicht davon abbringen, seine Sinne zu erhalten und zu gebrauchen. So wußte er so vieles mehr als mancher neben ihm, so konnte er es eher sehen, was der Einsatz wert war, den er zu wagen müssen glaubte. Denn er konnte wohl den Pfarrer drüben hören und der anderen Stimme; und Gott ward wieder eins in seiner Seele. Nur galt es jetzt, sich klar zu werden über manches, was so ungestüm daraus entströmen wollte.

\*

Nachdem der junge Mann sich bis an die Wurzeln seiner von Pulverdampf geschwärzten Seele klargeworden war, was Konsequenz, Ehrlichkeit und Menschlichkeit ist, begann er den Trauerweiden zu versprechen, daß er den Weg finden werde, wie gewisse, bereits geborene Leute abzutreiben wären.

## Schutzbündler und RS

die noch nicht Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind, melden sich in der nächsten Sprechstunde in Ihrem Bezirk oder in Ihrem Landessekretariat zum Beitritt an.

## An die Adresse der Unbelehrbaren

Es ist schon mehrmals vorgekommen, daß in Linzer Kaffeehäusern gewisse Besucher in die dort aufliegenden Zeitungen „geistreiche“ Bemerkungen hineinkritzeln.

Das „Tagblatt“ berichtet über einen solchen Vorfall: In einem Linzer Kaffeehaus hat ein Besucher über die Überschrift eines Artikels des englischen Schriftstellers Arnold J. Toynbee in der „Neuen Zürcher Zeitung“ die Worte: „Marsch ins KZ!“ und „Die alten Gauner“ geschmiert. Das „Tagblatt“ schreibt hiezu:

„... Sie wirft auf die intellektuelle und moralische Verfassung des Kleckers ein trauriges Licht. Nicht genug damit, daß während der NS-Zeit Millionen Menschen solchem Tiefstand in der unmenschlichsten Weise zum Opfer fielen, finden sich immer wieder Jammerfiguren, die diesen geistig-sittlichen Bankrott nicht überwunden haben. Vielleicht ist dieser Barbar noch stolz darauf, daß er in feiger Anonymität diese Handlung setzte, die von allen anständigen Menschen bedauert wird. Der klägliche Wicht erweist damit dem deutschen Volk keinen guten Dienst. Vielleicht rühmt er sich am Biertisch noch dieser Heldentat. Oh, wenn er wüßte, wie kläglich sich sein Charakterbild und seine Geistesverfassung dem normalen Menschen präsentieren!“

### Heimkehrer Clauberg

#### Medizinische Experimente an Menschen im „Block 10“ des KZ Auschwitz

Unter den Deutschen, die aus der russischen Kriegsgefangenschaft heimgekehrt sind, befindet sich auch Professor Carl Clauberg. Leiter einer Frauenklinik in Königshütte (Oberschlesien), rühmte sich Clauberg, eine Methode erdacht zu haben, um Frauen durch bloße Injektionen (also ohne Operation) unfruchtbar zu machen. Dieses Verfahren stellte er dem Reichsführer SS Heinrich Himmler zur Verfügung, dem es darum zu tun war, ein rasch wirkendes, möglichst unauffälliges und dazu billiges Mittel der Sterilisation zu finden. Zu den Methoden nämlich, mit denen die Nationalsozialisten die „minderwertigen“ Völker zu vernichten suchten, zählte auch die Verhinderung der Fortpflanzung. Die Sterilisation bot überdies den Vorteil, daß man in den unterworfenen Ländern Osteuropas die Arbeitskraft von Männern und Frauen der deutschen Kriegsmaschine nutzbar machen konnte, ohne befürchten zu müssen, daß sich diese „Unterrassigen“ vermehren, wenn man sie vorerst am Leben beließ.

Als Himmler für die Errungenschaft Claubergs Interesse bekundete, erbat sich dieser von ihm außer Tieren auch „Menschenmaterial“, um sein Verfahren erproben und verfeinern zu können. Die Fortsetzung seiner Arbeit, so schrieb Clauberg am 30. Mai 1942 an Himmler, würde unmöglich gemacht, stellte man ihm nicht Frauen aus den Konzentrationslagern zur Verfügung. Und als Clauberg die Rückfrage Himmlers vom 10. Juli 1942, „welche Zeit etwa für die Sterilisation von 1000 Jüdinnen in Frage käme“, in offensichtlich zufriedenstellender Weise beantwortet hatte, räumte ihm Himmler das Recht ein, über die weiblichen jüdischen Häftlinge im Konzentrationslager Auschwitz nach eigenem Gutdünken zu verfügen. Im Laufe der Zeit hat Clauberg, wie der persönliche Referent Himmlers, Rudolf Brandt, in Nürnberg bestätigte, Tausende von Jüdinnen und wahrscheinlich auch Zigeunermädchen auf seine Art unfruchtbar gemacht. Die brutalen Injektionen führten zu schweren Verbrennungen und verursachten entsetzliche Schmerzen, zumal der Eingriff meist ohne Betäubung vorgenommen wurde. Viele Opfer der Claubergschen Methode wurden dadurch zu dauerndem Siechtum oder zum Tode verurteilt. Es gehört zu dem Gesicht des Nationalsozialismus und der ihm Henkerdienste leistenden Nazi-Ärzte, daß man den Frauen die wahren Hintergründe des Eingriffs verheimlichte und sie irreführte.

Er habe Hunderten von weiblichen Häftlingen im Lager Auschwitz „das Leben gerettet“, wendet der Heimkehrer zu seiner Rechtfertigung nun heute ein. Er vergißt hinzuzufügen, daß die unglücklichen Frauen des „Block 10“ nur die grausame Wahl hatten, entweder sich für medizinische Experimente herzugeben oder aber den Gang in die Gaskammern anzutreten. In den meisten Fällen hat Clauberg das Leben gemarterter Menschen durch Quälereien nur etwas verlängert; denn wenn die Experimente mißlang, so bedeutete das für sie ebenso den sicheren Tod.

Der Darstellung eines holländischen Arztes zufolge, die François Baylé, ein Mitglied der französischen wissenschaftlichen Kriegsverbrechenkommission, in seinem Werk über die deutschen Menschenexperimente wiedergibt, arbeitete Clauberg gleichzeitig auch für chemische Werke Deutschlands und zahlte der SS für jede Frau, die ihm in Auschwitz überlassen wurde, eine bestimmte Summe — wie wissenschaftliche Forscher sie für Meerschweinchen zu entrichten pflegen. Diese Aussage eines Arztes, der von den Vorgängen im „Block 10“ aus eigener Wahrnehmung Kenntnis erlangt hatte, klingt nicht unwahrscheinlich, wenn man den Dokumenten entnimmt, daß Clauberg neben seinen Experimenten an jüdischen Frauen gleichzeitig nach gewissen Mitteln für die künstliche Befruchtung der „edlerassigen“ Frauen suchte.

Nun, für einen Orden wird es dem „Lebensretter“ in der deutschen Heimat, in die er nun zurückgekehrt ist, kaum reichen. Dagegen wird man erwarten dürfen, daß die Deutsche Bundesrepublik Professor Clauberg für die von ihm durchgeführten verbrecherischen Experimente zur Rechenschaft ziehen wird.

\*

Wie wir erfahren, ist inzwischen gegen den ehemaligen SS-Brigadeführer Professor Carl Clauberg „wegen fortgesetzter schwerer Körperverletzung, wobei die Folgen beabsichtigt waren“, die Strafanzeige erstattet worden.

### Der „Stürmer“ hat einen Miniaturnachfolger

Unbemerkt von der österreichischen Öffentlichkeit erscheint seit fünf Jahren eine Zeitschrift, die sich „Plattform“ nennt (Untertitel: Informationsdienst für Politik, Kultur und Wirtschaft). Als Herausgeber, Verleger, Eigentümer sowie für den Inhalt verantwortlich zeichnet ein gewisser Siegfried Strigl in Linz. Dieser Strigl, ein dreißigjähriger Mann, ehemaliger HJ-Führer, ist anscheinend nur der Strohmann einer Gruppe, die Interesse an der Fortpflanzung der Tradition des „Stürmers“ hat.

Die Zeitung ist der Gehässigkeit und Hetze gegen Juden sowie der Verschönerung und Verherrlichung des großdeutschen Gedankens und der Nazieinrichtungen gewidmet.

Als Motto der Februar-Nummer erschien folgender Satz: „Es wird ein Moment kommen, in dem alle christlichen Nationen, mit denen der Jude zusammenlebt, anerkennen, daß die Frage, ob der Jude zu belassen ist oder auszuweisen sei, für sie eine solche wird, die man eine auf Tod oder Leben bezeichnet.“

Als Hauptautor der Februar-Nummer der „Plattform“ figuriert der bekannte nazistische Rassenetheoretiker Doktor Hans Grimm mit einem Aufsatz: „Die Zeit vor, unter und nach der geschichtlichen Erscheinung Hitler.“

Es ist merkwürdig, daß die Linzer und oberösterreichischen zuständigen Behörden von dieser Zeitschrift keine Kenntnis haben. Sie ist an keinem Zeitungsstand erhältlich. In der Studienbibliothek, wo alle in Oberösterreich erscheinenden Zeitungen aufliegen, findet man die „Plattform“ nicht.

Das Postamt 13, das laut Impressum zur Entgegennahme des Abonnements dieser Zeitung bestimmt ist, erklärt, Bestellungen nur für das Ausland entgegenzunehmen. Wegen Inlandsabonnements solle man sich an Roitham 44 wenden.

Eine etwas verschleierte Angelegenheit. Eine Zeitung, die kein Geld braucht und Interesse an mittellosen Abonnenten hat (Mittellosigkeit ist kein Grund zur Abbestellung, in diesem Fall erbitten wir kurze Nachricht), ist etwas Sonderbares und beweist, daß es zahlungskräftige Gruppen geben muß, die an dem Bestand der „Plattform“ und ihrer Ideenausstrahlung Interesse haben.

Es wäre noch zu ergänzen, daß die Zeitung unter faschistischen Flüchtlingen (Eiserne Garde, Hlinka-Leute, Hungaristen) stark verbreitet ist. In den faschistischen Flüchtlingslagern in Oberösterreich kann man das Blatt ohne weiteres bekommen.

Die österreichischen Sicherheitsbehörden sollten sich um dieses Presseergebnis kümmern und auch die Staatsanwaltschaft würde bei Überprüfung des Inhalts der „Plattform“ so manches finden, das mit österreichischen Gesetzen nicht in Einklang steht.

# Ärztliche Gutachten bei Verfolgungsleiden

Die Diskussion, die wir in den letzten Monaten geführt haben\*), sei durch einen interessanten Beitrag aus der deutschen Bundesrepublik ergänzt, wo das dortige Bundesentschädigungsgesetz (BEG) die Frage des „ursächlichen Zusammenhanges“ möglichst klar zu behandeln sucht, und andererseits die begutachtenden Ärzte ebenfalls keine einheitliche Auffassung haben.

Unter den von den Verfolgten geltend gemachten Schäden an Körper oder Gesundheit, die nach dem BEG entschädigungspflichtig sind, stehen wohl an der Spitze die Schäden am Herzen und am Kreislaufsystem. Bei der Bewertung dieser Schäden treten oft erhebliche Schwierigkeiten insofern auf, als ärztlicherseits keine einheitliche Auffassung darüber zu bestehen scheint, ob die Herz- und Kreislaufschäden in einen ursächlichen Zusammenhang mit dem Verfolgungstatbestand gebracht werden können. Bekanntlich genügt es nach dem § 1 der 2. Verordnung zur Durchführung des BEG zur Feststellung des ursächlichen Zusammenhanges zwischen dem Schaden an Körper oder Gesundheit und der Verfolgung, daß der ursächliche Zusammenhang wahrscheinlich ist.

Es dürfte daher wohl von allgemeinem Interesse sein, einmal zu erfahren, wie der gegenwärtige Stand des Wissens und der ärztlichen Begutachtung auf die-

\*) Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1/2/3, Jänner/März 1955, S. 3; Nr. 7/8/9, Juli/September 1955, S. 12.



**EURE  
ZEITUNG!**

Genossen und Genossinnen, Kameraden aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen, Freiheitskämpfer!

„DER SOZIALISTISCHE KÄMPFER“ ist euer Organ. Er soll uns ermahnen, in unserem revolutionären Kampfgeist nicht zu erlahmen. Er soll für Demokratie und Freiheit, gegen Faschismus und Antisemitismus kämpfen. Er soll für eure wirtschaftlichen Rechte eintreten, für volle Wiedergutmachung an den Verfolgten.

„DER SOZIALISTISCHE KÄMPFER“ wird dieser Aufgabe in dem Maße gerecht werden können, als ihr selbst alle mitarbeitet: soll er doch das ausdrücken, das schreiben, was ihr denkt und fühlt, was ihr erstrebt und wofür ihr gekämpft habt und heute erst recht kämpft. Arbeitet daher mit, schickt Beiträge, schreibt unserer Redaktion und denkt immer daran:

**„Der sozialistische Kämpfer“  
ist eure Zeitung!**

sem Gebiete ist. Wir zitieren deshalb aus dem kürzlich in München von A. W. Fischer, R. Herget und G. Molleneus unter der Mitwirkung von 39 Fachgelehrten neu herausgegebenen zweibändigen Handbuch „Das ärztliche Gutachten im Versicherungswesen“ einige Ausführungen, die zu dem Thema passen.

Es heißt dort unter der Überschrift „Herzschäden nach Überanstrengung“:

„Die Entscheidung darüber, ob eine einmalige oder auch länger anhaltende Überlastung zu versicherungsmedizinisch bedeutsamen Schädigungen des gesunden Herzmuskels führen kann, gehört zu den gutachtlich schwierigsten Fragestellungen. Sie setzt bei dem Gutachter nicht nur die Kenntnis einer Reihe komplizierter Begriffe der Kreislaufphysiologie voraus, sondern verlangt auch von ihm, daß er die Gesamtpersönlichkeit des Erkrankten mit allen Bedingungen ihrer individuellen Leistungsbreite in dem Untersuchungsvorgang weitgehend zu erfassen sucht. Sie fordert darüber hinaus eine Bewertung des zur Diskussion stehenden Belastungsmomentes und eine Entscheidung, ob dieses Moment zu einer Überanstrengung für den Betroffenen geführt haben kann. Schon die übliche Definition des Überanstrengungsbegriffes, die besagt, daß die Belastung über die individuelle größte Leistungsfähigkeit hinausgehen muß, läßt erkennen, wie schwierig eine allgemeingültige Festlegung des Begriffs sein muß. Es ist fast unmöglich, alle in Betracht kommenden Faktoren in das Gesamtbild richtig einzuordnen und mit der angeschuldigten Belastung in Beziehung zu setzen. Erschwert wird schließlich die Beurteilung der Herzschädigung noch dadurch, daß eine kalkulatorische Festlegung der Reservekraft des Herzens nicht möglich ist.

Und weiter heißt es in dem Buche:

„Es ist bisher absichtlich vermieden worden, von körperlicher oder seelischer Überlastung zu sprechen. Je mehr man sich dem Überlastungsproblem nähert, desto fragwürdiger wird diese Trennung. Gewiß gibt es Einzelfälle, in denen das körperliche, andere, in denen das seelische Moment eindeutig überwiegt. Aber meist geht mit einer übermäßigen seelischen Beanspruchung eine starke Belastung der körperlichen Kräfte und umgekehrt mit großen körperlichen Anstrengungen (zum Beispiel beim Sport, bei Rettungsaktionen, auf der Flucht usw.) ein überdurchschnittlicher emotioneller Aufwand einher. Selbst die auf den ersten Blick anscheinend rein körperlichen Überanstrengungen beim Sport sind nur denkbar, wenn Ehrgeiz und hoher willentlicher Einsatz die ersten „physiologischen“ Erschöpfungsbarrieren überspielen.

Es müssen also schon ganz abnorme Umstände, überdurchschnittliche, wohldefinierbare Anstrengungen unter verzweifelttem persönlichem Einsatz vorliegen, ehe eine Schädigung des Herzens ursächlich mit Überlastung verknüpft werden darf.“

Es scheint uns wichtig, daß hier ausdrücklich vermieden wird, körperliche und seelische Überbelastung zu trennen, das heißt, daß beide scheinbar völlig unabhängig voneinander bestehende Arten der Überanstrengung und Überbelastung in Wirklichkeit eine Einheit darstellen und so auch in ihren schädigenden Wirkungen identisch sind. Es wird für diese schädigenden Wirkungen jedoch gefordert, wenn sie ursächlich mit der Überbelastung verknüpft werden sollen, daß „ganz abnorme Umstände, überdurchschnittliche, wohldefinierbare Anstrengungen unter verzweifelttem persönlichem Einsatz, vorliegen“.

## Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

Wo wird dieses Maß an Überbelastung, von dem hier die Rede ist, wohl mehr erreicht und in den meisten Fällen sogar weit überschritten, als bei der Belastung durch Haft in Gefängnis, Zuchthaus und Konzentrationslager in allen seinen bis zur Unmenschlichkeit reichenden Schattierungen: Mißhandlungen schwerster Art; jahrelange Haft, ohne deren Ende absehen zu können; Ungewißheit, nicht nur über das eigene Schicksal, sondern auch über das der nächsten Angehörigen; die stete Sorge vor erneuter Verhaftung; die Angst um das nackte Leben und Ermordung durch bestialische Henker. Wahrlich ein Übermaß an dauernder körperlicher und seelischer Belastung, dem kaum etwas Vergleichbares an die Seite zu stellen ist. Doch wir zitieren wieder und führen die zusammenfassende Feststellung der Ärzte im genannten Buche an:

„Dauernde seelische Lasten und Bedrückungen sowie geistige Überbeanspruchungen ohne ausreichende Pausen der Erholung können, wie wir heute täglich feststellen, allmählich das Gleichgewicht der Kreislaufverhältnisse so nachhaltig ungünstig beeinflussen, daß es unter Umständen zu manifesten Organschäden, zunächst am Gefäßsystem, später auch am Herzmuskel selbst, kommen kann.“

Gewiß wird man immer nur von Fall zu Fall entscheiden können und wird gewissenhaft jeden Tatbestand prüfen und festzustellen versuchen, wie weit der Schadenszustand des Herzens und des Kreislaufs auch in zeitlichen Zusammenhang mit dem überbelastenden Ereignis zu bringen ist. Aber die deutschen Genossen sind der Meinung, daß die nach der 2. Verordnung zum BEG geforderte Wahrscheinlichkeit zwischen dem Schaden an Körper oder Gesundheit und der Verfolgung bei Kenntnis und Beachtung der dargestellten Sachverhalte in viel mehr Fällen, als es geschehen ist, hätte bejaht werden müssen.

## Was will die neue HJ?

Es ist symptomatisch, daß gewisse Kreise mit Vorliebe auf die alten Bezeichnungen und „Firmennamen“ zurückgreifen; dabei tarnen sie der Zeit gemäß die alten Initialen mit einem entsprechenden Namensinhalt. Das Wichtigste ist eben, daß die Initialen die gleichen sind. So gibt es in Kärnten wieder eine HJ, nur soll sie jetzt „Heimattreue Jugend“ heißen. Außerdem wird von einem „Nationalen Jugendkorps“ gesprochen (NJ).

Der „Bund der heimattreuen Jugend“ und das „Nationale Jugendkorps“ sind mit dem „Kameradschaftsring nationaler Jugend“ in Deutschland affiliert. Der Führer des „Kameradschaftsringes“ ist der stellvertretende Vorsitzende des „Deutschen Blocks“ und ehemalige HJ-Gebietsführer Richard Etzel (Memmingen). Aber auch dieser „Kameradschaftsring“ ist keineswegs eine Organisation für sich allein, sie ist eine nazistische Tarnorganisation, genau so wie die anderen deutschen Jugendbünde: „Adler“, „Wikingbund“, „Reichsjugend“ und „Jungsturm“.

Alle diese Jugendgruppen gehören der sogenannten „Europäischen Verbindungsstelle“ (ESV) an, deren Ehrenpräsident der kürzlich aus Kanada zurückgekehrte Georg Strasser ist. Die ESV wiederum ist ein Teil der sogenannten „Europäischen Sozialen Bewegung“ (ESB), die Unterorganisationen in der Schweiz, in Schweden, Deutschland, Österreich, Frankreich, England und Italien hat. Diese Organisationen bilden die sogenannte NATIFORM, die zum Teil mit russischen Geldern finanziert ist. Den Russen scheint daran zu liegen, durch das Aufleben nazistischer und antisemitischer Strömungen einzelne westliche Staaten zu kompromittieren und zugleich durch das Aufzichten eines neuen Chauvinismus die westliche und damit europäische Zusammenarbeit so weit es geht zu stören. Darum nehmen an den Tagungen dieser neonazistischen Gruppen auch Vertreter aus der DDR teil. Sowohl die „Nationale Liga“ Dr. Slaviks als auch die „Freiheitliche Sammlung Österreichs“ (FSÖ)

Dr. Stübers sind bereits vor zwei Jahren der ESB beigetreten.

Der Hintergrund der beiden österreichischen Verbände: „Bund heimattreuer Jugend“ und „Nationales Jugendkorps“ ist hiemit zur Genüge beleuchtet.

Die Kärntner Gruppen dieser beiden Verbände versammelten sich am 7. und 8. Jänner in Völkermarkt. Dort richteten sie durch ihre „Führer“ Forderungen an die österreichische Bundesregierung:

Die Straßen und Plätze in Österreich, die nach alliierten Persönlichkeiten benannt worden sind — was in den Augen der neuen „HJ“ ein Zeichen der Schmach darstellt —, sollen sofort umbenannt werden; sie dürften keinen Namen „volksfremder“ Personen mehr tragen.

Die österreichische Regierung soll bei der UNO die Ansprüche Österreichs auf Rückgliederung der seit 1918 durch das „Friedensdiktat von Saint-Germain und eine Reihe späterer Verträge“ aus dem österreichischen Staatsverband herausgerissenen „deutschen Gebiete“ anmelden.

Die Kriegsverbrecher, die sich noch in österreichischen und alliierten (westlichen) Gefängnissen befinden, sollen sofort entlassen werden.

Wie aus Kärnten mitgeteilt wird, sollen HJ und NJ in Anlehnung an die dortigen Soldatenbünde eine rege Tätigkeit unter der Jugend entwickeln.



## Blick über die Grenze

Den deutschen Genossen liegt jetzt der Entwurf einer Novelle zum BEG\*) vor. In der Novelle fehlt noch die Präambel, die die deutschen Genossen, aber auch uns als politische Menschen sehr wesentlich interessiert. Diese Präambel, worin die Rechtmäßigkeit des Widerstandes anerkannt wird, soll unter allen Umständen noch in die Novelle hineinkommen und folgenden Wortlaut haben:

### Rechtmäßigkeit des Widerstandes

(1) Wer aus Überzeugung oder um seines Glaubens oder Gewissens willen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Widerstand leistete, um die Menschenrechte zu verteidigen oder einem Verfolgten beizustehen oder der Zerstörung Deutschlands Einhalt zu gebieten oder sich gegen die Unterdrückung aufzulehnen, hat sich um das Wohl des deutschen Volkes und Staates verdient gemacht. Sein Verhalten war rechtmäßig.

(2) Dieser Rechtssatz bindet Behörden und Gerichte.

\*) Bundesentschädigungsgesetz vom 1. Oktober 1953.

## ARBEITERBANK

### AKTIENGESELLSCHAFT WIEN

Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte :: Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung :: Finanzielle Beratung

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: R 50 540 Serie

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechte Wienzeile 37  
Telephon B 26 0 91

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 3363, 7559  
Linz: Weingarishofstraße 3, Telephon 27 8 78  
Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 4822

**Man schreibt uns!**

**Wir antworten!**

### Gestaposchergen auf Menschenhatz

Ich lebte zusammengepfercht in einer Großwohnung mit 16 versippten Ariern und Nichtariern. Eines Nachts, als wir im November 1941 um Mitternacht Motoren vor unserem Haustor rattern hörten und Stimmengewirr und Gepolter auf der Straße widerhallten, da verhiß uns dies alles nichts Gutes. Wir ahnten Schlimmes. Er dauerte auch nicht lange, und wir schrakten durch das schrille Läuten und ungeduldige Klopfen an unserer Wohnungstür zusammen. Ich war die Jüngste von den Erwachsenen, und so fiel mir die Mission des Aufmachens immer zu. Alles hielt die Daumen, und die Älteren bekreuzigten sich, mir zurufend: „Gott mit dir.“

Ich sah mich drei zynischen Visagen gegenüber, die als erste Konversation den Satz: „Sind Juden da, gemma, gemma, zusammenpacken“ hervorsprudelten. Dabei stießen sie mich mit brutalen Handbewegungen vor sich her bis an die Zimmertüre und pöbelten unter großem Stiefelgetöse die vor Schreck erstarrten Mitbewohner an. Dabei wurden Schränke nach Lebensmitteln und sonstigen Dingen durchwühlt, Schmuck, gute Wäsche usw. in die mitgebrachte Tasche oder einen Sack geworfen und mitgenommen. So stahlen sie uns unsere letzte Habe und die letzten Nahrungsmittel. Die größeren Zimmer waren durch Kästen oder Deckenleintücher in Fensterbreite für je eine Familie abgeteilt. In unserer Gemeinschaft gab es auch einen Säugling, der bei dieser brutalen Amtshandlung besonders unruhig wurde, als hätte er Verständnis, um was es ging. Er strampelte heftig und weinte laut. Die Wöchnerin legte den kleinen Wurm an die Brust. Aber mit einem Griff riß ein Scherge das Kind von der Mutterbrust und schleuderte es unter häßlichen Bemerkungen in eine mit Gerümpel angefüllte Ecke. Der Befehl, uns binnen einer Stunde zum Abtransport fertig zu machen, tat uns nicht so weh, wie der Anblick des ohnmächtigen, kleinen mit Beulen bedeckten Bündels in Menschengestalt.

Waren die Häscher einmal hier, dann schien es, als wäre jede Angst gewichen und das zermürbende Martyrium beendet. Das Unfaßbare und der gänzliche Nervenzusammenbruch stellten sich bei vielen meist unter Fieber und tagelangen Weinkrämpfen erst später ein. Und so mancher leidet heute noch daran.

\*

### Zweierlei Staatsbürger?

Zu den Ansprüchen, welche die österreichische Delegation an die Vertreter der deutschen Bundesregierung bei den Verhandlungen über das deutsche Eigentum zu stellen haben wird, gehört auch die Forderung jener Rentner, welche sich vor der braunen Barbarei ins Ausland geflüchtet hatten oder von den Nazibehörden ausgewiesen worden sind. Es waren fast ausschließlich österreichische Angestelltenrentner in vorgerückten Jahren, welche jahrzehntelang Beiträge für die Sozialversicherung entrichteten und Renten bis zur Abreise aus Österreich bezogen haben.

Die Angestelltengewerkschaft hat nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches alle möglichen Schritte bei verschiedenen Stellen unternommen, um den anspruchsberechtigten Kollegen wieder zu ihren Renten zu verhelfen. Unser Ministerium für soziale Verwaltung hat sich jahrelang bemüht, das Ministerium der deutschen Arbeit in Bonn zur Anerkennung

der Rentenansprüche zu bewegen; bis jetzt jedoch vergeblich.

Da die anspruchsberechtigten Rentner bereits zum Teil das 75. Lebensjahr überschritten haben, teils im Inland, teils im Ausland — hier meist unter prekären Verhältnissen — leben und ferner Witwen in Frage kommen, hat sich die Gewerkschaft im Oktober 1954 (!) an das Finanzministerium gewendet, um eine Regelung der seit zehn Jahren aushaftenden Forderung herbeizuführen. Laut Mitteilung der betreffenden Funktionäre hat das Finanzministerium einer so großen Gewerkschaft bis heute keine Antwort gegeben.

Um dem fehlerhaften Zirkel ein Ende zu machen, ist die Forderung an das Bundeskanzleramt geleitet worden. Sie wird bei den Verhandlungen mit den deutschen Delegierten von den österreichischen Delegierten vertreten werden. Jedenfalls ergibt sich aus dem Gesagten die berechtigte Frage:

Warum der Unterschied zwischen der Haltung unserer Maßgebenden gegenüber den Nationalsozialisten, den Volksdeutschen und den österreichischen Naziopfern, die höchst unfreiwillig in die Verbannung gegangen sind? Das Sozialversicherungsüberleitungsgesetz hat die Ausgewanderten stiefmütterlich behandelt durch Entziehung der Rente im Falle des Auslandsaufenthaltes. Erst am 7. April 1954 wurde nach Überwindung vieler Hindernisse eine 2. Novelle zum SVÜG beschlossen, welche — nach zehn Jahren — die Berechtigung zum Rentenbezug, jedoch erst vom 1. Mai 1950 an, gibt. Das neue ASVG setzt endlich die Nachzahlung ab 10. April 1945 fest.

Siebzehn Jahre haben diese Rentner auf die Erfüllung ihrer rechtlichen Ansprüche warten müssen; sie erhalten geringfügige Dollarbeträge, von denen die noble Finanzverwaltung 20,4 Prozent Einkommensteuer abzieht! Mögen die Verhandlungen der österreichisch-deutschen Delegierten wie immer ausfallen: es ist Pflicht der österreichischen Regierung, die Nachzahlung nicht durch Gnadenakte, sondern in Verhandlungen mit der Gewerkschaft endlich einer befriedigenden Erledigung zuzuführen.

\*

### KZler-Brief aus Italien

In einer Zeit, da jeder halbwegs denkende Mensch bereits den Untergang des Dritten Reiches voraussagte, wurde noch im Herbst 1944, etwas abseits vom Markt der Gemeinde St. Aegy d. a. N., eine Außenstelle des Konzentrationslagers Mauthausen eingerichtet. Baracken wurden blitzartig aufgestellt, darum ein hoher Stacheldraht gezogen und an der übersichtlichsten Stelle ein Wachturm aufgestellt. Die Umfriedung war elektrisch geladen, und wenn man auch kaum etwas vom Geschehen im Lager merken konnte, so überlief es einen kalt, kam man in die Nähe dieser Marterstätte. Grauen und Verzweiflung stand in den Augen der ausgemergelten und ausgehungerten, körperlich und seelisch gequälten Insassen, wenn man sie bei Arbeiten außerhalb des Lagers zufällig traf. Die Bewachung waren SS-Männer, von denen die Bevölkerung unseres Ortes aber nur mit Verachtung Kenntnis nahm. Es waren nur verhältnismäßig wenige, die noch bis zum Schluß an Hitler glaubten. Die Arbeiterschaft war und blieb auch in der schlimmsten Zeit der Unterdrückung gegen den Faschismus und gegen jede Diktatur eingestellt. Die Menschen hier in den Bergen, wo sich das Traisental gegen Süden hin schließt, sind weniger äußeren Einflüssen zugänglich. Sie sind viel auf sich oder den Nächsten angewiesen und machen sich über alles Geschehen eigene Gedanken. Sie sind friedlich, haben ihre aufrechte Gesinnung und trotzen allem, was sie nicht begreifen und verstehen. Da ist's wohl kein Wunder, wenn in den ersten Jännertagen des heurigen Jahres ein Brief auf dem Tisch des sozialistischen Bürgermeisters lag, den wir mit berechtigter Freude abdrucken.

Villagio Sondelo li 26. 12. 1955.

Sehr geehrten Herrn Bürgermeister

in St. Aegy d am Neuwalde

Jetzt, wo ich eine kleine Kriegspension genieße, die für mich eine ökonomische Hilfe darstellt, möchte ich

dieses zu Ende gehende Jahr, das an den 10. Jahrestag der Befreiung aus dem Konzentrationslager erinnert, nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen und Ihrer Bevölkerung, insbesondere der gutherzigen, meine Dankbarkeit auszudrücken. Obwohl Sondergefangener in einem Konzentrationslager Ihres Landes unter der Leitung der SS und abhängig vom Vernichtungslager Mauthausen, werde ich nie die Güte auserlesener Barmherzigkeit seitens Ihrer mir unbekanntem Ortsbewohner vergessen, eine Barmherzigkeit, die keine Barriere kannte zwischen Rasse, Religion oder Klasse.

Wie oft, wenn wir aus dem Lager zum Arbeitseinsatz kamen, fanden wir Brotstücke hinter den Steinen versteckt!

In der Nähe des kleinen Bahnhofes sah ich einmal eine schwarzgekleidete Frau, die unauffällig einige Zigaretten in die Hand eines meiner Kameraden gleiten ließ.

Diese Barmherzigkeit, Erbgut der christlichen Zivilisation, gereicht Ihrem Lande zur Ehre und erleuchtete die Nacht der Sklaverei und Verwilderung, in die man uns geführt hatte. Ich hoffe, daß die Wunden, die Ihren Bewohnern durch den Krieg zugefügt wurden, jetzt völlig vernarbt sind.

Beigeschlossen finden Sie eine Banknote über 5000 Lire, welche Sie für einen Bedürftigen als Hilfe verwenden sollen. Diese Summe bedeutet nichts im Vergleiche zur Güte, die wir empfangen haben und will keine Zurückzahlung sein; sie ist nur eine symbolische Gabe von Mensch zu Mensch und aus ganzem Herzen mit tiefem Gefühl gegeben.

Empfangen Sie die lebhaftesten Wünsche von Seligkeit in unserem Herrn und wohlgemeinte Grüße auch an Ihre Ortsbewohner.

Antonio Bellina  
Villagio Sondelo, Italien.

Wir freuen uns mit dem Bürgermeister und dem ganzen Gemeinderat über dieses tiefempfundene Schreiben. Besser und treffender, als es hier für die Antifaschisten von St. Aegy d. N. geschieht, könnte wohl schwer der Geist des österreichischen Freiheitskampfes geschildert werden. Und doch war das nur eine der vielfältigen Formen, unter denen dieser zähe und opferreiche Kampf gegen Terror, Schande und blutige Gewalt still und verborgen geführt worden ist. Es ist für uns Freiheitskämpfer eine Ehre, den Gedanken der Solidarität des Menschen mit seinem leidgequälten Mitmenschen so tief verwurzelt zu sehen, wie es dieser Brief zum Ausdruck bringt.

Daß die Gemeinde St. Aegy d. N. den KZ-Häftling von damals jetzt eingeladen hat, einmal an die Stätte zurückzukehren, an der er — einem von Hunderttausenden anderer Leidgenossen aus ganz Europa, dem es geglückt ist, dieser Hölle zu entrinnen — brutaler Willkür fremden Ungeists ausgesetzt war, um sich davon zu überzeugen, daß Friede und rege Arbeit in dieses schöne Tal der österreichischen Voralpen wieder zurückgekehrt sind, sei hier noch gebührend erwähnt.

## Aus dem Wiener Landesverband Die Bezirke berichten:

### Innere Stadt

**Jahresversammlung.** Die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Innere Stadt fand am 11. Februar um 18 Uhr statt. Den Vorsitz führte Genosse Heinrich Fischer. Er hielt dem verstorbenen Genossen Friedrich Gerhard Kärpel einen würdigen Nachruf und gab dann einen Bericht über die Tätigkeit der Bezirksgruppe im Jahre 1955.

Nach Verlesung des Einlaufes und nach dem Bericht des Kassiers wurde dem scheidenden Ausschuß die Entlastung erteilt. Das vorbereitende Wahlkomitee wurde als definitives Wahlkomitee anerkannt. Genosse Diewald verlas das Resultat. Die nachstehenden Genossen wurden einstimmig gewählt:

1. Obmann: Genosse Heinrich Fischer.
  2. Obmann: Genosse Leo Weiß.
- Kassier: Genosse Leo Weiß.  
Kontrolle: Die Genossen Jonny Moser und Franz Bartak.  
Opferfürsorgereferent: Genosse Heinrich Fischer.  
Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Heinrich Fischer und Leo Weiß.  
Delegierte zur Landeshauptversammlung: Genossin Hermine Krell und Genosse Jonny Moser.

Delegierte zur Bezirkskonferenz der SPÖ: Genossin Hermine Krell.  
Delegierter zum Bezirksausschuß der SPÖ: Genosse Jonny Moser.  
Die Sitzung wurde um 19.30 Uhr geschlossen.  
Anschließend fand die Februarfeier des Bezirkes statt, bei der Genosse Mistingher die Festrede hielt.

### Josefstadt

**Jahresversammlung.** Bei der am 22. Februar 1956 um 19 Uhr im Parteihaus, VIII, Josefstädter Straße 39, stattgefundenen Jahresversammlung, mit der Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Allfälliges, wurden nach dem Referat des Genossen Franz Jira folgende Genossen in die Bezirksleitung gewählt:

1. Obmann: Genosse Tasillo Stein.
  2. Obmann: Viktor Sackmauer.
- Opferfürsorgereferent: Genosse Franz Jira.  
Schriftführer: Genosse Otto Steiner.  
Kassier: Genosse Ferdinand Wasserberger.  
Kontrolle: Die Genossen Ferdinand Weiner und Anton Bicher.  
Der Vortrag des Genossen Stein löste eine lebhaft Diskussion aus. Zu den Berichten sprach Genosse Steiner. Das Opferfürsorgereferat hat sehr gute Arbeit geleistet. Um 20.30 Uhr wurde die Generalversammlung geschlossen.

### Alsergrund

**Jahresversammlung.** Trotz der großen Kälte waren 65 Mitglieder erschienen. Die Versammlung begann um 19.30 Uhr. Genosse Kubiczek eröffnete und begrüßte den Bezirksobmann Genossen Dinstl. Dann gedachte er der verstorbenen Mitglieder. (Die Anwesenden erhoben sich von den Sitzen.) Sodann brachte er einen kurzen Bericht über die Tätigkeit unserer Genossen im Parlament und drückte auch die Hoffnung aus, daß ein Wiederaufleben der Anmeldefrist für einige Zeit durchgesetzt werden wird. Die Haupttätigkeit der Bezirksgruppe verlagerte sich in die Sprechabende: Mehr als 50 Abende wurden im Jahr 1955 abgehalten. Größtenteils handelte es sich um unerledigte Rekurse oder versäumte Einreichungen.

Die Bezirksgruppe beteiligte sich an einer Bezirksfebruarfeier im Heimatkino; ebenso nahmen die Mitglieder an der Maifeier teil und entsendeten eine Delegation zum Mahnmahl auf den Zentralfriedhof.

Den Kassenbericht erstattete Genosse Mörzinger, für die Kontrolle berichtete Genosse Winterstein. Er stellte den Antrag, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen. Die Berichte wurden zur Debatte gestellt.

Genosse Kubiczek begrüßte den Genossen Trimmel von der Bundesleitung und erteilte ihm das Wort zu seinem Referat. Genosse Trimmel führte unter anderem aus, daß es gar nicht zur Diskussion stehen darf, ob die Freiheits-



kämpferorganisation weiterbestehen soll oder nicht. Statutenmäßig haben die Freiheitskämpfer die Verpflichtung übernommen, wachsam zu sein und alle Anschläge gegen die Freiheit und die Republik zu vereiteln. Wir sind unbedingte Verteidiger des Rechtes und Gesetzes, auch dann, wenn es manchmal gefühlsmäßig anders wäre. Der Fall Starhemberg und der Fall Sanitzer waren eine große Belastung für die Freiheitskämpfer, und dennoch mußten wir uns an das Gesetz halten! Bezüglich Sanitzer erinnerte Genosse Trimmel, daß das Gericht einen Aufruf erlassen hat, daß sich jeder melden solle, der den Nachweis erbringen kann, daß Sanitzer mit Blutschuld beladen ist. Ebenso hat die Sozialistische Partei Nachforschungen gepflogen, doch konnte bis heute kein einziger solcher Fall nachgewiesen werden. Genosse Trimmel forderte die Anwesenden auf, fleißig in der Sozialistischen Partei mitzuarbeiten und so mitzuhelfen, ein „rotes Österreich“ zu erreichen.

Das Referat wurde zur Diskussion gestellt, an der sich mehrere Genossen beteiligten. Im wesentlichen wurde der Fall Sanitzer behandelt. Genosse Trimmel beantwortete die Anfragen. Nach lebhaftem Applaus wurde dieser Tagesordnungspunkt beendet und über den Antrag Wintersteins, „dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen“, abgestimmt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, und Genosse Swoboda als Obmann des Wahlkomitees brachte die Vorschläge für den neuen Ausschuß zur Abstimmung:

1. Obmann: Genosse Josef Kubiczek.

2. Obmann: Genosse Johann Platz.

Schriftführer: Salz.

Kassier: Mörzinger.

Kontrolle: Die Genossen Winterstein und Franz Filip.

Katasterführer: Genosse Lawetzky.

Beisitzer: Die Genossen Josef Bayer, Leopold Brünner, Altmann und Anton Niederle.

Delegierte zur Landesjahresversammlung wurden gewählt: Die Genossen Platz, Salz, Mörzinger, Winterstein, Filip, Lawetzky, Bayer, Brünner, Altmann und Niederle.

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Kubiczek, Platz, Salz, Mörzinger, Winterstein und Bayer.

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen. Genosse Dinstl als Bezirksobmann dankte den Genossen für die geleistete Arbeit und bat sie, mitzuhelfen, daß der 13. Mai 1956 ein Sieg für die Sozialistische Partei wird.

Genosse Kubiczek begrüßte den inzwischen erschienenen zweiten Obmann der Bezirksorganisation, Genossen Glinz.

Nach Beendigung der Tagesordnung wurde ein Tonfilm: „Schmutzige Hände“, vorgeführt, der allseits Anklang fand.

Mit einem „Freundschaft!“ wurde die Jahresversammlung beendet.

## Meidling

**Jahresversammlung.** Am 23. März fand die Jahresversammlung statt, bei der Obmann Genosse Cäsar darauf hinweisen konnte, daß auch im verflochtenen Berichtsjahr an 46 Sprechstunden viele Mitglieder Rat und Auskunft bekamen. Den Genossen Kilian Schmidt und Frau konnten wir zur goldenen Hochzeit Glückwünsche übermitteln. Unsere Genossin Helene Gabriel beging ihren 70. Geburtstag.

Die Bezirksgruppe veranstaltete im Philadelphiakino drei Vorstellungen; außerdem finden nach jeder Mitgliederversammlung Schmalfilmvorführungen statt.

Der neue Ausschuß:

1. Obmann: Genosse Johannes Cäsar.

2. Obmann: Genossin Helene Gabriel.

Kassier: Genosse Anton Kräuter.

Schriftführer: Genosse Karl Swoboda.

Kontrolle: Die Genossen Paul Glabatsch und Felix Wechsberg.

Nach einem Schlußwort des Genossen Cäsar, der für die Wiederwahl dankte und den Appell an alle richtete, mit ganzer Kraft so wie bisher für unsere Sache einzustehen, wurde die Versammlung geschlossen.

\*

**Filmvorführung.** Die Bezirksgruppe Meidling des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer veranstaltet Donnerstag, den 10. Mai, 10 Uhr, im Philadelphiakino, Wien XII, Wilhelmstraße 64 (bei der Philadelphiabrücke), eine Sondervorstellung des Films „Des Teufels General“. Karten sind im Sekretariat und bei unseren Funktionären sowie am Vorführungstag bei der Kinokasse erhältlich.

## Hernals

**Jahresversammlung.** In Anwesenheit von 43 Mitgliedern eröffnete der Obmann, Genosse Blau, die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Hernals, begrüßte die Erschienenen und insbesondere den Referenten, Genossen Ernst Hein, vom Bundesvorstand, stellte die Beschlußfähigkeit fest und ersuchte um Genehmigung der durch die Einladung bekannten Tagesordnung. Nach dieser Genehmigung gedachte er der im Laufe des Jahres 1955 verstorbenen Genossen, Henriette und Ing. Isidor Dörner und Michael Kühnel, und übergab sodann den Vorsitz an den Obmannstellvertreter Genossen Brosch.

Nach der Wahl eines Wahlkomitees erstattete Genosse Blau den Bericht. Die Bezirksgruppe beteiligte sich an allen Aktionen des Bundes. Leider brachte das abgelaufene Jahr nicht die schon so lange geforderte Novelle des Opferfürsorgegesetzes. Mit einem Dank an alle Mitarbeiter schloß der Bericht. Dann erfolgten die Berichte des Kassiers und der Kontrolle, die ohne Debatte zur Kenntnis genommen wurden.

Genosse Hein umriß in einem ausgezeichneten Referat die jetzige politische Lage und führte mehrere geschichtliche Vergleiche an. Mit einem Appell zur Aktivität schloß er sein Referat, bedankt durch den starken Beifall der Versammlung.

Über Vorschlag des Wahlkomitees wurden einstimmig gewählt:

1. Obmann: Genosse Robert Blau.

2. Obmann: Genosse Karl Brosch.

3. Obmann: Genosse Hans Jiricek.

Kassier: Genosse Franz Kluger.

Schriftführer: Genossin Johanna Resler.

Beisitzer: Die Genossen Karl Panek, Fritz Bock und Hugo Kohn.

Kontrolle: Genossin Hermine Kinder und Genosse Rudolf Dietl.

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossinnen Hermine Kinder und Johanna Resler sowie die Genossen Karl Brosch, Hans Jiricek, Franz Kluger, Hugo Kohn und Rudolf Dietl.

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Genossin Hermine Kinder und die Genossen Karl Brosch, Hans Jiricek und Franz Kluger.

Über Vorschlag des Obmannes wurde sodann beschlossen, bis auf weiteres die Sprechstunden der Bezirksgruppe einzustellen, nachdem jederzeit im Sekretariat der Bezirksorganisation der Beitrag bezahlt und Auskünfte erteilt werden können.

Mit dem Hinweis auf unsere Aufgaben im bevorstehenden Wahlkampf schloß Genosse Blau die Versammlung.

## Brigittenau

**Jahresversammlung.** Unsere Jahresversammlung, die am 5. März 1956 stattfand, eröffnete Genosse Kovacs mit einer Rückschau auf das vergangene Jahr und die von der Bezirksgruppe geleistete Arbeit. Mit Rücksicht darauf, daß alle Funktionäre auch Parteifunktionen ausüben, wurden keine eigenen Veranstaltungen durchgeführt, mit Ausnahme einer Fahrt nach Mauthausen, an der 33 Genossen teilnahmen. Eine Menge Kleinarbeit, wie Vorsprachen und Interventionen bei Ämtern und Parteistellen für die Genossen, wurde geleistet. Alle Gräber der sozialistischen Freiheitskämpfer wurden betreut. Am Todestag des Genossen Szydzina wurde in seinem Wohnhaus ein Kranz angebracht, wobei Genosse Kaps in einer kurzen Ansprache des Toten gedachte.

Am 12. Februar wurde zur Erinnerung an die Kämpfer gegen den Austrofaschismus im Gehrl-Hof ein Kranz niedergelegt. Die Gedenkrede hielt Genosse Mihal. Am 13. Februar fand eine Feier der sozialistischen Freiheitskämpfer mit der Partei im Arbeiterheim Raffaelgasse statt, bei der Genosse Jonas eine tiefempfundene Ansprache hielt.

Sodann fand die Wahl der neuen Ausschußmitglieder statt:

1. Obmann: Genosse Johann Kaps.

2. Obmann (zugleich geschäftsführend): Genosse Emmerich Kovacs.

3. Obmann: Genossin Ernestine Soucek.

Kassier: Genosse Alois Waschek.

Schriftführer: Genosse Ernst Friedländer.

Beisitzer: Die Genossen Johann Bartounek und Willi Schaden.

Kontrolle: Die Genossen Jelinek und Theurer.

Das vorzügliche und interessante Referat des Genossen Mihal über den Kampf der Völker um politische und wirtschaftliche Freiheit in der alten und neuen Zeit beschloß die Versammlung.

## Aus den Landesorganisationen

### Oberösterreich

**Landeshauptversammlung.** Die diesjährige Jahresversammlung fand Sonntag, den 4. März 1956, im Festsaal der Arbeiterkammer statt. Sie hatte folgende Tagesordnung:

1. Begrüßung und Totengedenken;

2. Berichte:

a) des Landesobmannes,

b) der Kassenkontrolle;

3. Wahl der Wahlkommission;

4. Referat des Genossen Robert Blau von der Bundesleitung über die 11. Novelle zum Opferfürsorgegesetz und die politische Lage;

5. Neuwahl:

a) des Landesobmannes,

b) der Landesleitung,

c) des Landesausschusses;

6. Allfälliges.

Landesobmann Genosse Franz Labek begrüßte als Vorsitzender der Landeshauptversammlung die anwesenden Delegierten, den Referenten Genossen Blau vom Bundesvorstand und die Gäste. Er gedachte der 21 Kampfgefährten, welche uns im abgelaufenen Jahr durch den Tod entrissen wurden.

Der Landesobmann erstattete den Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Jahr 1955, wobei er besonders das Verständnis und die Unterstützung des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung, Abteilung Opferfürsorge, und der Stadtgemeinde, Abteilung Fürsorgeamt, hervorhob und beiden Ämtern für das Entgegenkommen bestens dankte.

Das vergangene Jahr stand nach den erfolgreichen Landtags- und Gemeinderatswahlen im Zeichen eifriger Fürsorgetätigkeit für unsere Mitglieder. Unsere Funktionäre waren an der Vorbereitung der Gedenkfeier der Zehnjährfeier der Befreiung der KZ-Opfer tätig; aber auch die Konferenzen in den Bezirken Braunau am Inn, Vöcklabruck, Steyr und Linz-Land wurden durch Funktionäre der Landesleitung besucht. Die Opfer aus den beiden Faschismen richteten ihre Arbeit auf die Organisation und würdige Abwicklung der vier KZ-Feiern in Ebensee, Mauthausen und an den übrigen Gedenkstätten aus. Auch zur KZ-Feier nach Köln wurde ein Delegierter entsendet. Vielen Genossinnen und Genossen wurde durch die Intervention unserer Opferinteressenvertreter beim Amt der oberösterreichischen

Landesregierung, aber auch in der Opferrentenkommission rasche Hilfe zuteil. Zur Bereinigung von noch ausstehenden Nachsichtsfällen und anderen Härtefällen war die oberösterreichische Landesleitung mit den Funktionären des Nationalrates über den Bundesvorstand in regen Verhandlungen.

Unsere Vertrauensmänner sind schon jetzt eifrig an der Vorbereitung der Nationalratswahlen in ihren Funktionen bei den Lokalorganisationen, Bezirken und Sektionen beteiligt. So klein die Zahl jener alten Getreuen aus der Zeit des Unrechtes, des Hasses und der Verfolgung schon geworden ist, so groß ist deren Freude an der erfolgreichen Durchsetzung unserer Forderungen nach endgültiger Freiheit; jener Freiheit, welche aus den unzähligen Opfern unserer im Kampf gegen die Reaktion gefallenen Genossen gediehen ist. Das Erkennen dieser historischen Entwicklung wird uns in Hinkunft als treuer Hüter des freien, demokratischen und neutralen Österreich sehen, und wir werden jeder reaktionären Strömung rasch und entschieden entgegenreten.

Der Landesvorstand dankt an dieser Stelle herzlich allen Funktionären und Mitgliedern, die aktiv im Berichtsjahr mitgewirkt, und allen jenen Mitgliedern, die den Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer mit ihren Beiträgen unterstützt haben.

Geschlossenheit, offenes Treuebekenntnis zum demokratischen Sozialismus soll auch in den kommenden Jahren unsere Arbeit lenken, um für alle Zeiten ein Bollwerk gegen jedwede Reaktion von rechts und links zu sein.

Seine Ausführungen beendete Genosse Labek mit einem Appell, die kommenden Nationalratswahlen entsprechend vorbereiten zu helfen, damit am 13. Mai 1956 ein sozialistischer Bundeskanzler in Hinkunft die Geschicke der Republik lenke. (Beifall.)

Genosse Karl Fiala erstattete dann den Kontrollbericht, stellte eine einwandfreie und sparsame Verwaltung des Organisationsvermögens fest und beantragte, daß dem Landesobmann, Genossen Franz Labek, dem Kassier, Genossen Rudolf Kerl, sowie der Landesleitung die Entlastung erteilt werde. (Einstimmig gebilligt.)

Es folgte die Wahl der Wahlkommission, in die folgende Genossen einstimmig vorgeschlagen wurden: Genosse Wilhelm Schönfeld, Genosse Hans Kirchschräger (beide Linz-Stadt), Genosse Alois Falkner (Linz-Land), Genosse Anton Jank (Braunau am Inn), Genosse Mühlböck (Steyr) und Genossin Maria Natmessnigg (Linz-Stadt).

Genosse Blau erläuterte sodann in seinem Referat die empfindlichen Härten des Opferfürsorgegesetzes und die Vorarbeiten für die 11. Novelle zu diesem Gesetz. Im Anschluß daran kam er auf die politischen Spannungen in der Regierung, auf die Auflösung des Nationalrates und die Neuwahlen sowie den Fall Starhemberg zu sprechen.

Die Ausführungen des Genossen Blau fanden starken Beifall. Im Anschluß an das Referat entwickelte sich eine heftige Debatte, an welcher sich die Genossen Kirchschräger, Wolfinger, Manzenreiter, Leitner, Jakubetz und die Genossin Schwitzer beteiligten.

Genosse Kirchschräger brachte zwei Anträge ein, wobei der Vorsitzende, Genosse Labek, ersuchte, diese vorerst dem neuen Landesvorstand zur Behandlung zuzuweisen. Die Anträge des Genossen Kirchschräger und der Zusatzantrag des Genossen Labek wurden einstimmig angenommen. Es wird unter anderem verlangt, daß der jeweilige Landesvorsitzende unseres Bundes der Landesparteivertretung angehören soll.

Genosse Blau beantwortete alle Anfragen und klärte verschiedene Irrtümer auf.

Anschließend wurden die folgenden Genossen vom Wahlkomitee vorgeschlagen:

1. Obmann: Genosse Franz Labek;
2. Obmann: Genosse Karl Jakubetz;
3. Obmann: Genosse Anton Oswald;
1. Schriftführer: Genosse Hirsch;
2. Schriftführer: Genosse Johann Fuchs;
1. Kassier: Genosse Rudolf Kerl;
2. Kassier: Genosse Alois Wiesner;

Kontrolle: die Genossen Karl Fiala, Wilhelm Schönfeld und Schramayr;

Presse: die Genossen Dr. Erich Blumberg und Anton Jank (Braunau);

Katasterführer: die Genossin Franziska Stumvoll und Genosse Josef Manzenreiter (Steyr);

Beisitzer: die Genossin Maria Natmessnigg (Linz) und die Genossen Theodor Grill, Franz Harringer, Mühlböck (Steyr), Ernst Hanel (Urfahr), Johann Königsecker (Freistadt), Franz Krempler (Vöcklabruck), (Braunau meldet nach), Ludwig Schwinghammer (Linz).

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: die Genossen Franz Labek (Linz-Stadt), Karl Jakubetz (Linz-Stadt), Anton Oswald (Urfahr), Alois Wiesner (Linz-Stadt), Karl Wernbacher (Linz-Stadt), Josef Hirsch (Linz-Stadt), Josef Mayrleb (Linz-Land), Franziska Stumvoll (Linz-Land), Wilhelm Besterreimer (Braunau), Anton Jank (Braunau), Franz Krempler (Vöcklabruck), Johann Königsecker (Freistadt), Johann Fuchs (Linz-Stadt).

Der Bezirk Steyr meldet die Delegierten dem Landessekretariat nach.

Der Landesobmann, die Landesleitung, der Landesausschuß und die Delegierten zur Bundeshauptversammlung wurden einstimmig gewählt.

\*

Die Freiheitskämpfer des Bezirkes Braunau tagten. Am Sonntag, dem 8. April, trat um 9 Uhr die diesjährige Bezirkskonferenz des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, Bezirk Braunau in Mattighofen, Gasthaus Schachinger, zusammen.

Genosse Besterreimer begrüßte in seiner Eigenschaft als Bezirksobmann die fast vollzählig erschienenen Mitglieder unseres Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer. Besonders herzlich wurde der als Referent der Landesleitung zur Konferenz erschienene Genosse Hirsch begrüßt. Nachdem Genosse Besterreimer den Bericht des Obmannes und Genosse Jank den Kassenbericht erstattet hatten, wurde über Antrag der Wahlkommission der alte Ausschuß einstimmig wiedergewählt.

Der Ausschuß besteht daher wieder aus folgenden Genossen:

1. Obmann: Genosse Wilhelm Besterreimer.
2. Obmann: Genosse Ferdinand Fageth.

1. Kassier: Genosse Anton Jank.
2. Kassier: Genosse Matthias Ranftl.

1. Schriftführer: Genosse Adolf Wenger.
2. Schriftführer: Genosse Engelbert Goldfuß.

Kontrolle: Die Genossen Karl Gurtner, Josef Seeburger und Richard Muhr.

Genosse Besterreimer dankte für das neuerlich in seine Person und seine Mitarbeiter gesetzte Vertrauen und erteilte hierauf dem Referenten, Genossen Hirsch, das Wort.

Genosse Hirsch brachte vorerst den Bericht des Landessekretariates und sprach sich lobend über die gute Zusammenarbeit zwischen dem Bezirk Braunau und der Landesleitung aus. Fernerhin brachte er einen Kurzbericht über die Verhandlungen mit der Bundesleitung in Wien hinsichtlich der 11. Novelle des Opferfürsorgegesetzes und verließ der Hoffnung Ausdruck, daß durch diese Novelle Mängel und Unrechtsakte aus diesem Gesetz weitgehend ausgemerzt werden mögen.

Dann brachte Genosse Hirsch das politische Referat. In verhältnismäßig kurzer Zeit ging Genosse Hirsch auf die geschichtliche Entwicklung Österreichs ein und schilderte die Ursachen der Ereignisse um den 12. Februar 1934 (Auflösung des Parlaments und die dadurch entstandenen Diktaturen). Er leitete dann über den 15. Mai 1955 (Österreich bekommt den Staatsvertrag) auf die Gegenwart und die nun am 13. Mai 1956 stattfindenden Nationalratswahlen über.

Mit einem Appell an die Versammelten, immer und überall als Pioniere der alten Sozialdemokratie aufklärend und beratend im Volke zu wirken und diese entscheidende Wahl dadurch rege zu beeinflussen, schloß der Referent seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Nach einer kurzen, aber inhaltsreichen Debatte ging der Referent in seinem Schlußwort noch auf die Ausführungen der einzelnen Debattenredner ein. Besonders auf die Fragen der Neutralität und deren Schutz durch die Eigenkraft der Wehrmacht und den „Fall Sanitzer“ gab der Referent die entsprechenden Aufklärungen.

Nachdem sich Genosse Besterreimer noch dem Appell des Referenten zur regen Beteiligung an den Wahlvorbereitungen für den 13. Mai dieses Jahres angeschlossen hatte und dem Referenten namens der Konferenz für sein treffendes Referat gedankt hatte, schloß er um 13.35 Uhr die Konferenz.

Ein neues Jahr in Freiheit und Sicherheit wird uns sozialistische Freiheitskämpfer weiterhin im Dienste für den Sozialismus wirken sehen.

### Steiermark

Graz. Genosse Emanuel Mosel teilt uns mit, daß Zuschriften und Briefe entweder an die Anschrift, Graz, Südtiroler Platz 13 (Zimmer 17) oder nach Graz III, Wilhelm-Kienzl-Gasse 25, gerichtet werden können.

**Arbeiter! Angestellte!**

**Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!**

**Betriebsrat!**

**Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!**

Die Betriebsbüchereien  
werden betreut durch die

**Reise- u. Versandbuchhandlung**

des

**Österreichischen  
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

**Kammern für Arbeiter und Angestellte**

HERRN  
MARSAL VIKTOR  
WIEN XXI/141  
FULTONSTR. 5-11/1/1/3

V. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

## Arbeiter und Angestellte

sparen

für Anschaffungen und  
Urlaubsreisen

bei der **Zentralsparkasse**

DER GEMEINDE WIEN

(Unter Haftung der Stadt Wien)

Wien I, Wipplingerstraße 8

33 Zweiganstalten

**Redaktionsschluß**  
für die nächste Nummer: 4. Juni 1956

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. U 21620. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

# Sprechstunden

## in unseren Wiener Bezirksgruppen

- |  |   |
|--|---|
| 1. Wertertorgasse 9                    | Mi. 17 bis 18 Uhr                           |
| 2. Praterstraße 25 a                   | Di. 16 bis 18 Uhr                           |
| 3. Landstraßer Hauptstraße 41          | Fr. 18 bis 20 Uhr                           |
| 4. Wiedner Hauptstraße 60 b            | Mo. 18 bis 19 Uhr                           |
| 5. Kohlgasse 27                        | Mi. 18 bis 19 Uhr                           |
| 6. Otto-Bauer-Gasse 9                  | Do. 19 bis 20 Uhr                           |
| 7. Neubaugasse 25                      | Do. 18 bis 19 Uhr                           |
| 8. Josefstädter Straße 39              | Do. 17 bis 18 Uhr                           |
| 9. Dreihackengasse 7                   | Mi. 17 bis 19 Uhr                           |
| 10. Tolbuchinstraße 8/10, I.           | Di. 17 bis 19 Uhr                           |
| 11. Simmeringer Hauptstraße 80         | Jeden 2. u. 4. Mo.<br>18 bis 19 Uhr         |
| 12. Ruckergasse 40                     | Mi. 18 bis 19 Uhr                           |
| 13. Hietzinger Hauptstraße 22          | Di. 18 bis 20 Uhr                           |
| 14. Linzer Straße 297                  | Fr. 17 bis 19 Uhr                           |
| 15 a. Hackengasse 13                   | Mi. 17 bis 19 Uhr                           |
| 15 b. Rustengasse 9                    | Fr. 18 bis 19.30 Uhr                        |
| 16. Schuhmeierplatz 18                 | Do. 17 bis 19 Uhr                           |
| 17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26     | Beitragsentrichtung und Auskünfte jederzeit |
| 18. Gentzgasse 62                      | Fr. 18 bis 20 Uhr                           |
| 19. Billrothstraße 48                  | Di. 17 bis 19 Uhr                           |
| 20. Raffaelgasse 11                    | Do. 18.30 bis 20 Uhr                        |
| 21. Prager Straße 33                   | Mo. 17 bis 19 Uhr                           |
| 22. Donaufelder Straße 259             | Mo. 18 bis 19 Uhr                           |
| 23. Liesing,<br>Breitenfurter Straße 2 | Jeden 1. u. 3. Mo.<br>18 bis 19 Uhr         |

## in unseren Fachgruppen

Polizei:

- |                           |               |
|---------------------------|---------------|
| 9. Berggasse 41           | Jeden 1. Do.  |
| Parterre (Hausverwaltung) | 14 bis 16 Uhr |

## in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- |  |   |
|--|---|
| Mödling, Bezirkssekretariat der<br>SPÖ, Hauptstraße 42 | jeden ersten Sonntag<br>im Monat von<br>10 bis 11 Uhr |
|--|---|

- |   |                  |
|---|------------------|
| St. Pölten, Bezirksleitung,<br>St. Pölten, Prandtauerstraße 4 | Sa. 9 bis 12 Uhr |
|---|------------------|

Burgenland:

- |  |                   |
|--|-------------------|
| Eisenstadt, Bezirkssekretariat<br>der SPÖ, Hauptstraße 5 | tgl. 9 bis 12 Uhr |
|--|-------------------|

Kärnten:

- |  |                                 |
|--|---------------------------------|
| Klagenfurt, Kammerbücherei<br>der Arbeiterkammer, Bahnhof-<br>straße 42, bei Genossin Lona<br>Sablatnik und Genossen Eduard<br>Goritschnig | tgl. außer Sa.<br>10 bis 12 Uhr |
|--|---------------------------------|

Oberösterreich:

- |   |  |
|---|--|
| Linz, Landstraße 36, 1. Stock,<br>Tür 3 | Di., Mi., Do.<br>ab 15 Uhr   |
| Steyr, Damberggasse 2                   | jeden ersten und<br>dritten Samstag<br>im Monat von 10<br>bis 11 Uhr |

Salzburg:

Sprechstunden entfallen bis auf  
weiteres.

Steiermark:

- |  |                   |
|--|-------------------|
| Graz, Südtiroler Platz 13,<br>Zimmer 17        | Mi. 17 bis 19 Uhr |
| Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim,<br>Kirchplatz 5 |                   |

Tirol:

- |  |                                 |
|--|---------------------------------|
| Innsbruck, Salurner Straße 2,<br>2. Stock, Zimmer 40 | tgl. außer Sa.<br>15 bis 18 Uhr |
|--|---------------------------------|